

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark, voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 3.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Illustration von Sonntagsträger „Lohn und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Filmwelt“, „Stahlbeilage“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Welt“, „Kulturarbeit“ und „Zehntel“ erscheint wöchentlich dreimal, Sonntags und Feiertags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Kompartimentierung des Reichsmarkts „Kleine Ausgaben“ hat heute den Wert 25 Pfennig (außer zwei seitgedruckte Worte) jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenentwurf das erste Wort 14 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt: Seite 60 Pfennig Familienanzeigen für Abonnentenzeit 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft: Lindendruckerei, wochentags von 9 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Druckerei: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Kontokonto: Berlin 37 536 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskontogesellschaft. Depostenkasse Lindenstr. 3

Helft den Zigarrenarbeitern! Die Sozialdemokratie interpellierte im Reichstag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

„In drei Zigarrenfabriken sind Lohnunterschiede zwischen Unternehmern und Arbeitern entstanden.“

Ohne die Möglichkeiten zur friedlichen Beilegung dieses geringfügigen Streites zu versuchen, hat der Reichsverband deutscher Zigarrenhersteller sofort die Gesamtausperrung über ganz Deutschland durchgeführt. Dadurch sind an dem rein örtlichen Konflikt völlig unbeteiligte 100 000 Arbeiter und Arbeiterinnen mit einem Schlage brotlos gemacht worden.

Zehntausende dieser seit Jahrzehnten von den niedrigsten Löhnen lebenden Tabakarbeiter sind infolgedessen der öffentlichen Fürsorge anheimgefallen, ohne deren Unterstützung sie nebst ihren Familien der völligen Verelendung ausgesetzt wären. Einen Teil der erheblichen Lasten dieses mit ungeheurer Frivolität von den Unternehmern herausbeschworenen Kampfes trägt also die Allgemeinheit.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um den so geschaffenen Zuständen bald und wirksam zu begegnen?

Außer dieser sozialdemokratischen Interpellation liegt dem Reichstag auch noch eine Interpellation des Zentrums zum gleichen Gegenstand vor. Sie lautet:

Der Deutsche Zigarrenfabrikanten-Verband hat im Verlauf entstandener Lohnkämpfe 120 000 Labakarbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um diesen das Wirtschaftsleben schwer schädigenden Kampf baldigst beizulegen?

An dem Kampf in der Zigarrenindustrie sind neben den freien auch die christlichen Gewerkschaften stark beteiligt. Offenbar waren sie es, die das Zentrum zur Einbringung seiner Interpellation veranlaßten.

An der Bereitwilligkeit der Regierung, die Interpellation ehestens zu beantworten, wird kaum gezweifelt werden können, da es neben der Sozialdemokratie ja auch die Partei des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns ist, die als Interpellantin auftritt. Am Reichstag wird es liegen, seine Dispositionen so zu treffen, daß die Beratung auch wirklich alsbald vorgenommen werden kann.

Die Aussperrung der Zigarrenarbeiter hat nicht nur die von ihr selbst unmittelbar betroffenen Kreise in Bewegung gesetzt, in der ganzen Arbeiterklasse Deutschlands ist das Gefühl lebendig, daß dieser gegen einen Teil von ihr geführte Schlag sie selber trifft. Die Berichte über das Uebel, in dem die Zigarrenarbeiter leben und das durch den friesischen Streich der Unternehmer noch verschärft worden ist, haben einen Schrei der Empörung ausgelöst, der

Empörung darüber, daß solche Dinge in Deutschland überhaupt noch möglich sind! Ueber diese Dinge muß im Reichstag geredet werden, und zwar bald!

Der Major als Scharfmacher. Syndikus fordert bedingungslose Kapitulation.

(Siehen, 24. November. (Eigenbericht.)

Der heftige Arbeitsminister Raab hatte zum 22. November nach Darmstadt den Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller (RDZ), Bezirksgruppe Siehen, und die heftischen Vertreter des Deutschen und christlichen Tabakarbeiterverbandes zu Verhandlungen über Beilegung der Aussperrung eingeladen. Wie vorauszusehen war, kam bei diesem Verhandlungsvorhaben nichts heraus. Der Syndikus des RDZ — ein ehemaliger Major — erklärte mit militärischer Schnodderigkeit:

er lehne es ab, sich mit Vertretern der Arbeiterorganisationen an einen Tisch zu setzen.

da diese Organisationen „vertragsbrüchig“ seien. (!) Gnädig fügte der militärische Vertreter der Zigarrenfabrikanten dann hinzu, er werde sich erst dann wieder mit den Arbeitervertretern an einen Tisch setzen, wenn die Zigarrenarbeiter bedingungslos die Arbeit aufnehmen würden.

Das ist wirklich ein starkes Stück! Man stellt die Dinge einfach auf den Kopf.

Am 23. November fand dann in Siehen eine Zigarrenarbeiterversammlung statt, in der über den mißlungenen Verhandlungsvorhaben des Arbeitsministers berichtet wurde. Die Versammlung war überfüllt. Der Tabakarbeiterverband hatte Vertreter der Zigarrenfabrikanten zu dieser Versammlung eingeladen. Sie waren auch erschienen. In der Diskussion hatten die Zigarrenarbeiter das Vergnügen, den Syndikus des RDZ, Major a. D. von Ellenhart, sprechen zu hören. Seine Rede war eine einzige Propaganda. Natürlich betonte er, der RDZ wolle den Frieden,

aber er verlange die bedingungslose Arbeitsaufnahme.

Die Versammlung, die zum allergrößten Teile von Frauen besucht war, geriet in helle Empörung. Es hagelte Zwischenrufe, minutenlanger Lärm hinderte am Weiterreden. Als sich der Syndikus dann in der erregten Versammlung wieder Gehör verschaffen konnte, erklärte er, daß die Zigarrenfabrikanten auch über Lohnherabsetzungen mit sich reden lassen würden. Aber erst im Februar oder März nächsten Jahres! Den Mut brachte er allerdings nicht auf, den Zigarrenarbeitern Tarifbruch vorzuwerfen. Dafür ließ er nach Schluß der Versammlung durch einen Dienstmann ein Flugblatt verteilen, worin dieses Versäumnis noch nachgeholt wurde.

Wann kommt der Reichsetat? Der Bürgerblock versagt — der Reichsrat soll Galopparbeit leisten!

Der Reichsetat beschäftigt gegenwärtig immer noch die Reichsregierung. Wann die Beratungen dort abgeschlossen werden, läßt sich bisher ebenfalls noch nicht übersehen. Inzwischen aber ist die Reichsregierung mit dem Reichsrat wegen beschleunigter Erledigung des Reichsetats in Verbindung getreten. Die Reichsregierung verlangt, daß der Reichsrat die Beratungen des Etats, dessen Vorlage ihm bisher überhaupt noch nicht zugegangen ist, am 5. Dezember beginnt. Der Reichsrat dagegen hat sich schließlich auf den Standpunkt gestellt, daß eine Beratung im Reichsrat vor dem 12. Dezember nicht beginnen könne.

Es ist in Aussicht genommen, durch zwei Sitzungen täglich die Beratungen wesentlich zu beschleunigen. Aber selbst wenn der Reichsrat, dem Verlangen der Reichsregierung entsprechend, mit den Beratungen des Etats am 5. Dezember beginnen würde, besteht sehr wenig Aussicht, daß der Etat so zeitig verabschiedet wird, daß er dem Reichstag noch vor Weihnachten zugehen wird.

Der Bürgerblock zeigt sich also auch auf diesem Gebiet seiner Aufgabe in keiner Weise gewachsen!

wird konkrete Tatsache. Nur ganz strikte, praktische, unverzügliche Maßnahmen, nur der feste Wille aller interessierten Länder, die Sache des Friedens zu verteidigen, vermag im letzten Augenblick ein Unglück abzumenden.

Warschau sucht zu beruhigen.

(Eigenbericht.)

Der polnische Gesandte bei der Sowjetunion, der an den von Bilsudski geleiteten Besprechungen über die litauische Frage in Wilna teilnahm, hat der Presse Erklärungen über die polnische Politik gegenüber Litauen zur Verfügung gestellt, durch die alle Gerüchte über neue aggressive Pläne Bilsudskis zerstreut werden sollen. Polen wünsche, so erklärt der Gesandte, die litauische Unabhängigkeit nicht anzutasten. Es wünsche nur den von Romno formell immer noch aufrecht erhaltenen Kriegszustand zwischen den beiden Nachbarländern zu beenden und normale Beziehungen wieder herzustellen.

Bilsudski ist heute wieder in Warschau eingetroffen, nachdem er gestern noch in Wilna Besprechungen über die Behandlung des täglich wachsenden Zustroms von politischen Flüchtlingen aus Litauen geleitet hat. Die polnische Regierungspresse erklärt heute alle Gerüchte über Pläne zum Sturz der Regierung Wodomasars durch ein Bündnis zwischen den litauischen Emigranten und Polen für leere Kombinationen.

Der Wanderarbeitervertrag.

In Warschau unterzeichnet.

Warschau, 25. November.

Heute fand hier die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages über die Wanderarbeiter statt. Die Unterzeichnung erfolgte auf polnischer Seite durch den Delegierten der polnischen Regierung, Dr. Pradzyński, deutscherseits durch den deutschen Gesandten Raufher.

Die Oberbefehlshaber schon ernannt!

Im Schutzvertrag für Albanien.

Rom, 25. November.

In einem ersten Anhang zum italienisch-albanischen Vertrag wird folgendes ausgeführt: „Für den Fall, daß bedauerlicherweise der Artikel 4 des Vertrages angewendet werden müßte, ist es der lebhafteste Wunsch der italienischen Regierung, der albanischen Regierung folgende Versicherungen und Erklärungen zu geben: Falls alle Möglichkeiten, durch ausgleichende Mittel die Bedrohung eines der beiden verbündeten Staaten durch einen dritten Staat abzuwenden, erschöpft werden sollten und falls der fragliche verbündete Staat einen von ihm selbst nicht provozierten Angriff zu gewärtigen hätte, der die Forderung der militärischen Hilfe der Verbündeten notwendig machte, werden der Oberbefehl der verbündeten Kräfte in Albanien dem Oberbefehlshaber der albanischen Kräfte und der Oberbefehl der verbündeten Kräfte in Italien dem Oberbefehlshaber der italienischen Kräfte anvertraut werden.“

Im Augenblick der Unterzeichnung des Friedensvertrages wird dem anderen Staat zu Hilfe herbeigerufenen verbündeten Kräfte durch eigene Mittel heimbesördert werden, und zwar innerhalb der Fristen, die der Oberbefehlshaber, unter dessen Kommando sie im verbündeten Heere gedient hätten, bestimmen würde.“ Dieser Anhang bildet einen integrierenden Teil des Vertrages.

Die Friedensbedrohung im Osten.

Moskaus Schritt in Warschau wegen Litauen. — Polen sucht zu beruhigen.

Warschau, 25. November.

Der Gesandte der Sowjetregierung in Warschau, Bogomolow, hat gestern der polnischen Regierung eine Note über den polnisch-litauischen Streitfall überreicht. Dem „Głos Prawy“ zufolge ist die Note im gleichen Sinn gehalten wie die letzten in der „Iswestija“ erschienenen Ausführungen über die gleiche Frage. Die Note hebt insbesondere die ernste Gefahr hervor, die dem Frieden drohen würde, wenn Litauen seine Unabhängigkeit verlieren sollte.

„Gazeta Warszawska“ erzählt, daß auch in Romno eine Note der Sowjetregierung über den polnisch-litauischen Konflikt überreicht wurde.

Die Sowjetdelegation für Genf weilt zurzeit in Berlin. Litwinow hat Stresemann einen Besuch gemacht.

Die Befürchtungen Moskaus.

Moskau, 25. November.

„Iswestija“ stellt in einem Beitrag über die polnisch-litauische Spannung fest, daß die polnischen Vorbereitungen zu einem Ueberfall auf Litauen ganz konkreten organisierten Charakter angenommen hätten. Die Ansammlung von Verschwörern in der polnisch-litauischen Grenzzone wird so offensichtlich, daß selbst die polnische Telegraphenagentur gezwungen ist

— freilich in tendenziösem Licht — mitzuteilen, daß in Polen in immer größerer Anzahl Ueberläufer aus Litauen eintreffen, die bereit sind, sich Pleischtaijis und seinen Kampfgenossen zur Vorbereitung und Bewohnung von Bänden und zur Invasion in Litauen zur Verfügung zu stellen.“ Das Blatt schreibt, es ständen ihm genaue Angaben über eine systematische Zusammenziehung bestochener Freiwilliger in der Gegend von Wilna zur Verfügung. Die offensichtliche Vorbereitung eines Kriegsabenteurers verleihe der in Wilna abgehaltenen Konferenz der Führer der polnischen Politik ein ganz außerordentliches Gepräge. Wenn Bilsudski in Wilna eingezogen ist, um über die Geschäfte der litauischen Emigranten Beratungen zu pflegen, wie dies die polnische Presse hinzustellen sucht, so ist es undenkbar, wozu die so zahlreichliche Anwesenheit der Leiter des Außenministeriums und der polnischen Gesandten in Riga und Moskau nötig war. Selbst, wenn man der Version glaubt, daß die diplomatische Konferenz in Wilna als Demonstration vor der Verhandlungen in Genf einberufen wurde, so bleibt es unverständlich, wozu es nötig gewesen ist, zu der Konferenz eine Reihe prominenter Militärs heranzuziehen,

darunter solcher, die an der Spitze der an der litauischen Grenzstationen polnischen Truppen stehen.

Die polnische Regierung bereitet vor den Augen der ganzen Welt einen Angriff auf Litauen vor. Die Bedrohung des Friedens

Das Tendenzurteil von München.

System Gärtner ist schuld — sagt die Bayerische Volkspartei.

Das Organ der Bayerischen Volkspartei, der „Bayerische Kurier“ führt einen systematischen Feldzug gegen den deutschnationalen Justizminister und sein System. Der „Kurier“ vom 23. November wirft der Landesjustizverwaltung „Auflockerung des Legalitätsprinzips“ vor und beweist den Vorwurf mit den Ergebnissen der Hitler-Untersuchung. Er fährt fort:

„In einer solchen Auflockerung liegt die Gefahr der Politisierung der Rechtspflege unvermeidbar beschlossen. Denn die unbedingte Geltung des Legalitätsprinzips ist einer der stärksten Säulen, die das Eindringen politischer Einflüsse in die Rechtspflege verhindern.“

Die Gefahr der Politisierung der Rechtspflege wird dadurch nicht kleiner, sondern größer, daß den Organen der bayerischen Justizverwaltung das Bewußtsein der justizpolitischen Ungewöhnlichkeit ihrer Haltung zu fehlen scheint.“

In diesen Worten liegt die stärkste Anklage, die gegen eine Justizverwaltung erhoben werden kann. Der „Bayerische Kurier“ geht jedoch weiter. Er rückt von dem letzten Münchener Tendenzurteil ab, das prozoozierte Republikaner zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt und schreibt:

„Zur Stunde werden gegen die bayerische Rechtspflege wieder von der Presse der Linken aus Anlaß des letzten politischen Prozesses (Gesinger Landfriedensbruch) die heftigsten Vorwürfe erhoben. Soweit sich diese — schon in der Form meist unsachliche und agitatorische — Kritik auf den letzten Einzelfall bezieht, soweit kann hier von einer Erörterung abgesehen werden (und dies um so mehr, als es sich dabei um eine erstinstanzliche Entscheidung handelt). Soweit aber jene Kritik wiederum mit jenen verwerflichen Verallgemeinerungen arbeitet, die im Einzelfall nur ein Beispiel eines angeblichen politischen „Systems“ erblicken, insofern kann die bayerische Justizverwaltung nicht von dem Vorwurf freigesprochen werden, daß sie durch ihre eigene Haltung der Kritik der Linken „Bausteine“ geliefert hat.“

Es gibt also in Bayern eine politische Justiz, und es ist das bayerische Justizministerium, von dem sie ausgeht. Wenn diese Feststellung vom offiziellen Organ der stärksten Regierungspartei getroffen wird, hört jede Ablehnungsmöglichkeit auf.

Die Befolgung der Buchprüfer.

Die Regierung erkennt ihre guten Dienste an und weigert sich, sie angemessen zu besolden.

In der heutigen Sitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt über das Beamtenbesoldungsgesetz brachte bei Gruppe 4b Genosse Steinkopf die Stellung der beamteten Buch- und Betriebsprüfer zur Sprache. Wiederholt hatte der Reichsfinanzminister dargelegt, daß der Buch- und Betriebsprüfungsdienst bei Finanzministerien als ausgezeichnetes Mittel bewährt habe, die Besteuerung gerecht und erschöpfender durchzuführen und dadurch die Reichseinnahmen zu steigern. Die mit diesem schwierigen Dienst betrauten Männer müssen über vielfältige Kenntnisse, große Erfahrungen und Geschick im Umgang mit Menschen verfügen, und es mühten Beamte sein, da es wiederholt vorgekommen sei, daß gute, auf Privatdienstvertrag angestellte Buchprüfer von den durch sie revidierten Betrieben zu sehr viel günstigeren Bedingungen weggelockt worden sind. Die beamteten Buch- und Betriebsprüfer stehen jetzt im Rang und in der Bezahlung den Obersteuersekretären gleich. Um sie der Wichtigkeit ihrer Tätigkeit entsprechend herauszuheben, hatten die sozialdemokratischen Vertreter die folgende Entschlüsselung beantragt: Die Reichsregierung zu ersuchen, Beamte im Buchprüfungsdienst in die neue Besoldungsgruppe 4b und 3b einzustufen.

Regierung und Regierungsparteien aber zeigten die kalte Schulter, trotzdem sie die verantwortungsvolle Tätigkeit

dieser Beamten zugehen mußten, und erklärten nur, daß man sich ja vorbehalten könne, eventuell beim Etat auf die Frage zurückzukommen.

Unmittelbar darauf regte der volksparteiliche Abgeordnete und frühere Admiral Brünninghaus an, den Marinejahrgangmeistern die Seefahrtszulassung zu gewähren, die mit 150 Mark beginnt und stetig ansteigt. Worauf die Regierung sich bereit auszusprechen, daß sie die Ansetzung in wohlwollendster Prüfung nehmen werde.

Die Abstimmung über die außerordentlich zahlreichen Anträge der Opposition zu Gruppe 4 ergab das alte bekannte Bild: Ablehnung aller oppositionellen Anträge und Annahme nur von Anträgen der Koalitionsparteien.

Die Beratung wendete sich dann der Gruppe 3 zu, die Besoldungssätze von 4500 bis 7800 Mark enthält und vor allem die Kategorien der Regierungsräte und der Verwaltungsamtmänner umfaßt.

Landbundfunktionär als Amtsvorsteher

Ein Jodel aus Vorpommern.

Wogliche Zustände herrschen im Kreise Franzburg. Hier — wie anderwärts — kann die notleidende Großlandwirtschaft nicht genug tun, um Staatshilfe zu erbetteln. Nun kamen kürzlich in Pommern die Staatshilfen für Ernteschäden zur Verteilung nach Methoden, die in der Deffektivität bereits scharfe Kritik gefunden haben, weil ein Teil der Unterstützungen ohne Rücksicht darauf verteilt wurde, ob auf den betreffenden Grundstücken überhaupt Ernteschäden zu verzeichnen waren oder nicht. Zur Ermittlung der Ernteschäden wurden vorher amtliche Fragebogen versandt. Der Amtsvorsteher des Gutsbezirks Drechow schickte diese an die Gutsbesitzer seines Bezirkes weiter mit einem Begleitschreiben folgenden Wortlauts:

Tsg. I. Nr. Drechow, 21. 10. 27.

Herrn Besolgende Fragebogen, die in doppelter Ausfertigung bis spätestens Sonnabend, den 22. Oktober, hierher zurückgeschickt werden müssen. Der Termin ist bestimmt innewerden. Später eingehende Fragebogen müssen unberücksichtigt bleiben.

Der Amtsvorsteher,
gez. v. Sadom.

(Dienststempel)

Pommerscher Landbund,
Kreisleitung Franzburg.

Es empfiehlt sich, die geforderten Angaben so gut und so vollständig als möglich zu machen. Mit Rücksicht auf die Kreditfähigkeit unseres Kreises und Bezirkes ist es aber nicht angängig, daß die Spalte 5 — Schulden — ausgefüllt wird.

Diejenigen, die auf Grund ihres Schadens aus den noch nicht verteilten Geldern noch Beträge haben wollen, müssen einen entsprechenden Antrag stellen, der unten auf die zweite Seite des gelben Fragebogens geschrieben werden kann.

Dies ist besonders zu beachten, da nur Landwirte etwas nachgezahlt erhalten, die dies beantragt haben.
gez.: Pomm. Landbund.

Der Amtsvorsteher und deutschnationaler Kreistagsabgeordnete v. Sadom benutzt also daselbe Schriftstück, auf dem er amtlich zur Ausfüllung der Listen aufordert, um seine Gutsbesitzer im Auftrag des Pommerschen Landbundes dazu zu veranlassen, daß sie einen Teil der erforderlichen Angaben verschweigen!

Man kann sich nach diesem Vorfalle ein Bild davon machen, wie reaktionäre Amtspersonen auf dem Lande mit ihren Pflichten umspringen. Der Vorfalle trägt aber auch zur Aufklärung darüber bei, wie gewisse „amtliche“ Statistiken entstehen. Im vorliegenden Falle wird die Landwirtschaft offen aufgefordert, ihre Schulden zu verschweigen; sonst pflegt sie gerade mit unheimlichen Verschuldungszahlen ihre Notlage zu beweisen! Beachtlich ist auch, wie Herr v. Sadom seine Pappenhelmer dazu ermuntert, noch weitere Geldbeträge zu verlangen. Auf Grund solcher Mitteilungen wird dann festgestellt, wie sehr die Landwirte unter den Unwetterschäden zu leiden haben. Eine seine Methode!

Man versteht jetzt, daß die Parole des Landbundes: „Hinein in den Staat“ ihre wohlberedelten materiellen Gründe hat.

Tschechische Aufrüstung.

500 Millionen für Militärbauten.

Prag, 25. November.

Nach dem offiziellen Bericht über die Sitzung des Haushaltsausschusses erklärte der Minister für nationale Verteidigung, daß im Haushaltsplan für nächstes Jahr 1400 Millionen Kronen für militärische Zwecke vorgesehen werden, also 30 Millionen mehr als im Vorjahre. Diese Vermehrung sei eine Folge der Erhöhung der Personalausgaben, da die Ausgaben für Material zurückgegangen seien. Das tschechoslowakische Heer, das nur zum Zweck der Verteidigung da sei, diene dem Schutze der Verträge und müsse deswegen stets bereit sein, gegen irgendwelche Seite zu handeln, von der die Grundlagen der Existenz des Staates bedroht werden. Im weiteren Verlauf seiner Rede teilte der Minister mit, es seien seit der Gründung der Republik 23 moderne Kasernen, 30 provisorische Kasernen, 16 Barackenlager, 37 Bureauhäuser und 257 Wohnbaracken mit einem Kostenaufwand von 460 Millionen gebaut worden.

Carol bleibt ausgeschlossen.

Kein Kurswechsel in Rumänien.

Bukarest, 25. November.

Der Regenschattsrat hat General Averescu und den Chef der Nationalen Bauernpartei Dr. Raniu empfangen. Die Regierung hat der Opposition mitgeteilt, daß sie in der Frage der Rückkehr Carols auf demselben Standpunkt stehe wie der verstorbenen Bratiana und jeden Versuch Carols, nach Rumänien zurückzukehren und Unruhen zu stiften, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern wissen werde. Senat und Kammer hielten kurze Trauerfassungen ab.

Rassenschüler gegen Kultusminister.

Nielesberg darf vor Studenten nicht sprechen.

Budapest, 25. November.

An den Hochschulen von Szegedin, Debreczin und Fünfkirchen kam es mehrfach zu turbulenten Szenen. In Debreczin wurde der Kultusminister Graf Nielesberg von der Studentenschaft, als er eine Ansprache an sie halten wollte, durch Lärm unterbrochen, so daß er schließlich den Saal verlassen mußte. In Fünfkirchen und Szegedin wurden die jüdischen Studenten aufgefordert, die Hörsäle zu verlassen. In Szegedin ist es nicht gelungen.

Allindischer Gewerkschaftskongress.

Einladung an die deutsche Sozialdemokratie.

Vom 26. bis 28. November tagt in Kanpur an der Gründung des Ganges der achte allindische Gewerkschaftskongress. Die Zeitung des Kongresses hat an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ein sehr herzliches Schreiben gerichtet, in dem die elende Lage der indischen Arbeiterklasse in knappen Worten geschildert und die deutsche Partei ersucht wird, einen Delegierten zu dem Kongress zu entsenden.

Der Parteivorstand hat, da dieser freundlichen Einladung nicht Folge geleistet werden konnte, an den Vorstand der indischen Gewerkschaften ein Begrüßungstelegramm gerichtet, in dem er dem Kongress besten Erfolg wünscht.

Eine Probe auf die Jull-Hehe gegen die Sozialdemokratie in Deutschösterreich war die Gemeindevahl infolge Starkerweiterung der niederösterreichischen Landstadt Jybs: Die Bürgerlichen haben 40 Stimmen gewonnen, die Sozialdemokraten aber 100!

Ausländerei.

Von Paul Guhmann.

Es gibt einen echten Internationalismus und einen falschen. Worin der echte besteht, braucht den Lesern dieses Blattes nicht gesagt zu werden. Der falsche Internationalismus ist ein Geschäft, eine Mode, eine Heuchelei. Man kann von patriotischer Ehrsache übersehen und seine besten Geschäfte im Ausland machen. Mit deutschem Stahl wurden im Weltkrieg bekanntlich deutsche Männer ermordet oder zu Krüppeln geschaffen. Nicht nur die Fürstenthümer sind international verflochten, auch das Großkapital kennt nur ein einziges Vaterland, das des Geschäfts. Aber während die internationale Bestimmung der Arbeiter bekämpft wird, blüht die falsche Internationale der Profitmacherel.

In Deutschland ist die Ausländerei auf allen Gebieten der Kunst und der kunstverwandten Betriebe zu einer von Jahr zu Jahr wachsenden Gefahr für die Schaffenden geworden und nunmehr auch von maßgebenden Stellen erkannt worden. Jeder fremdländische Schand findet seinen Weg auf deutsche Bühnen und zu deutschen Verlegern und versperrt den deutschen Autoren die Existenzmöglichkeit. Wir gehören nicht zu den Beuten, die bei dem Wärtchen „deutsch“ von Pastorenalbungen übersehen, aber wir müssen doch wünschen, solange noch nicht alle Menschen ein und dieselbe Sprache reden, daß dem deutschen Sprachschöpfer sein Handwerkzeug, seine Mundart nicht genommen wird. Von jedem faden Dack oder Jodel wird mit tiefer Ehrfurcht gesprochen, während ein Hans Krause sich genieren muß, daß er bloß ein Deutscher ist und sich schleunigst einen italienisch klingenden Namen verschafft. Wir haben in den letzten Jahren Stücke französischer, englischer, amerikanischer Herkunft gesehen, die so minderwertig waren, daß unmöglich Werke gleicher Art von einheimischen Autoren den Weg in die Deffektivität gefunden hätten. Uebersetzungen ganz gleichgültiger fremdländischer Autoren werden massenhaft auf den Büchermarkt geschleudert und unterbieten durch ihre, dem geringen Uebersetzerhonorar geschuldete, Billigkeit die minimalsten Ansprüche deutscher Autoren. Ebenso ist es auf dem Kunstmarkt. Ein Museumsdirektor in der Provinz, der für einen Manet geringer Qualität eine sechsstellrige Summe ausgab, während die einheimischen Meister darben, mußte sogar zahlreiche Entrüstungsrufe aus der kapitalistischen Presse entgegennehmen. Dieser Loge erst entkeimte sich ein junger, höchst begabter Maler, weil das zahlungsfähige Publikum nur in Ausländern spekuliert. Tausende hungern, Hunderte gehen ungenannt zugrunde.

Das Ganze ist eine Mode, die nicht vom Publikum ausgeht, sondern vom Kapital injiziert und gefördert worden ist. Solange es sich um die wichtigen Offenbarungen fremden Geistes handelt, könnte nur der Unverstand sich gegen ihre Verbreitung wenden.

Im Gegenteil, die wechselseitige Betrachtung im Wesenstern der Nationen ist eine Lebensnotwendigkeit. Aber es ist ein kulturfeindliches Beginnen, die junge Saat einheimischen Geistes durch ausländischen Schand zu erlösen. Schon ist es soweit, daß der Käufer fragt, ob das Buch von einem Ausländer oder von einem Deutschen sei und nur den Ausländer erwirbt. Die banalsten Autoren, die in ihrer Heimat kaum etwas gelten, haben in letzter Zeit bei uns Triumphe gefeiert. Es ist derselbe Vorgang, der die hochpatriotischen Agrarier den Wägen, von ihnen doch so verachteten Polarden dem deutschen Arbeiter vorziehen läßt. Nicht die wahre internationale Bestimmung ist es, die uns einen Jodel, einen Knut Hamsun, einen Anderen Regd etwa einem Rudolph Herzog oder Walter Bloem gegenüber als geistesverwandter erscheinen läßt, sondern Lohnunterbezahlung, geistige Sachfengerei.

Eine Flagge und ein Kind.

Amerika gilt als ein freireligiöses Land. Daß es dort ein nationales Selbstbewußtsein nicht fehlt, wissen wir. Daß der Krieg selbst in dem freireligiösen Amerika den Nationalismus zu tranten Blüten getrieben hat, ist aus manchen Anzeichen zu ersehen. Wie heillos die Ueberlieferung des nationalen Empfindens sich auswirkt, lehrt die folgende Geschichte, die leider keine Legende ist.

Amerika ist auch das Land der Selten. Religion ist Privatfache. Soweit sie sich nicht annimmt, die Rechte des Staates zu berühren. Die Berührung genügt. Die Eltern Russel Tremaines, eines Jungen aus dem Staate Washington, gehören einer Abenteuerecke an. Ihr Glaube verbietet es ihnen, die Nationalflagge einem religiösen Symbol gleichzuwenden. Der fromme Christenmensch beginnt seinen Tageslauf mit einem Gebet. In den amerikanischen Schulen wenigstens im Staate Washington, beginnt der Tageslauf mit einer Begrüßung des Sternbanners. Den Abenteuereckern erscheint dieser Aktus als Götzendienst. Das mag überleben erscheinen. Genug, es ist Ueberzeugung. Diese Ueberzeugung verbietet es den frommen Leuten, ihr Kind zu dem morgentlichen Gruß an das Sternbanner anzuhängen. Kein Verbot, nur eine Unterlassung der positiven Ermahnung. Das genügt, den Vater einzusperrten. Da das den religiösen Starrsinn nicht bricht, nicht einmal selbe verbietet, wird das Kind den Eltern fortgenommen, nur 100 Meilen weit. Es kommt in ein Kinderheim, in dem es gut behandelt wird. Trotz der guten Behandlung steht das Kind dahi. Es steht vor einem nervösen Zusammenbruch. Man nimmt das Kind aus dem Heim und übergibt es einer Familie, mit der Wahsabe, es zu adoptieren. Wie die Leute heißen und wo sie wohnen, wissen weder die Eltern noch sonst jemand außer den staatlichen Autoritäten. Freunde der Eltern sehen sich endlich (vor zwei Jahren!) über die Bedenken der duldsamen (aus Religion auch gegenüber dem Staate duldsamen) Eltern hinweg und wenden sich an die amerikanische Deffektivität. Um eines Kindes willen! Bis heute ohne Erfolg. Nun soll die Weltmeinung geweckt werden oder, wie wir es gerne hochtrabend nennen: das Weltgewissen. Freunde, ich habe wenig Hoffnung, daß es erwacht. Aber jeder, der noch eine Stimme hat, deren Herzton nicht ganz ge-

brochen ist, erhebe seine Stimme gegen die gottlose Unvernunft, die ein Symbol durch das andere totschlägt. Oder sind Kinder nicht die heiligsten Symbole der Nationen? Die Nation, die ihre Kinder unter dem Flaggenymbol begräbt, gibt ihre und der Flage Ehre preis.

Der Herr von Doorn gegen Biscator. Zu der Nachricht, daß der ehemalige Kaiser eine einstweilige Verfügung gegen Biscator erwirkt habe, wonach dieser die Rolle Wilhelms II. aus dem zurzeit auf der Biscatorbühne zur Aufführung kommenden Stück „Kajputin“ zu streichen habe, erfahren wir von der Zeitung der genannten Bühne, daß dort bisher von einer solchen Maßnahme des Herrn von Doorn nicht das geringste bekannt ist. Bis heute mittag war auch keinerlei Verfügung eines Gerichts im Theater eingelaufen, so daß heute abend das Theaterstück in unverständlicher Fassung über die Breiter gehen dürfte. Für ten Fall, daß sich die erwähnte Nachricht bewahrheiten sollte, will Biscator sofort Beschwerde gegen die einstweilige Verfügung einlegen.

Eine deutsche Expedition in Turkestan. Nach einem Telegramm aus Hartand (Chinesisch-Turkestan) ist es der Expedition unter Leitung von Dr. Trintler-Bremen geglückt, das 5000 Meter hohe Dapfang-Plateau zwischen Karakorum und Kuen-Lun zu durchqueren und die Stadt Hartand am Rande der Takla-Makan-Wüste wiederzuentdecken. Hiermit ist der erste Abschnitt der im April von Bremen aus unternommenen Forschungsreise beendet. Jetzt beginnt die Winterkampagne, die Durchquerung der durch ihre Sand- und Schneefürme gefährdeten Wüste Takla Makan. Zur Durchquerung der Wüste wurde der Winter gewählt, da das Gelingen des Unternehmens in erster Linie eine Frage des Trinkwassers ist.

Film und Theater. Die Volkstheater verankert am Sonntag, 20. 11., im Lagerort des Berliner Volkstheater, einen Filmkondensat, bei dem eine Mischung des Problems Film und Theater versucht werden soll. Anleitende Referate halten Julius Sob, Heinz Gelpert und Kurt V. Ginkelfarzen 50 Wiener.

Der Streit um den Namen Metropol-Theater. Der neuen Besitzer des Metropoltheaters, der Teufeln Schauspiel-Gesellschaft, wurde das Recht zuerkannt, den Namen Metropol-Theater weiter zu führen.

Die Nelson-Kurve im Ictanon-Theater. Direktor Nelson übernimmt am 1. April 1928 die Direktion des Ictanon-Theaters und wird dort die Nelson-Kurve pflegen, der bisher in dieser Spielzeit ein geneses Kind geblieben.

Landesrat der Kultur von „Krieger“, „Lidia Groszowa“ u. a. wird Sonntag im Theater am Kurhändelmarkt, Sonntag 11., Uhr über das Thema „Krieger“ vortragen.

Eine Schuberwoche soll unter der Präzision der Österreichischen Bundesregierung im Anschluss an den 19. November, dem 100. Geburtstag von Franz Schubert, in Wien stattfinden.

Filmvorbot in Polen. Die polnische Zensur hat die Aufführung des Films „Sonia der Königin“ für pa 3 Verboten. Das Verbot erfolgte nach einer Beschwerde der katholischen Geistlichkeit, die darin eine Verletzung des religiösen Gefühls erblickt.

Ein Prof für die Jiddisch. An der hebräischen Universität in Jerusalem soll demnächst auf Grund einer amerikanischen Stiftung eine Professur für Jiddisch errichtet werden; in einzelnen Teilen der Ukraine ist übrigens das Jiddische vor kurzem als Staatssprache anerkannt worden.

Die Unzurechnungsfähigen.

Die Sozialdemokratie fordert ein Verwahrungsgesetz.

Der Straßengeschauspieler des Reichstags beschäftigte sich heute mit der im § 56 des Entwurfs geregelten Unterbringung in einer Heil- oder Pflegeanstalt. Das Gericht soll, wenn jemand als nicht zurechnungsfähig freigesprochen oder als vermindert zurechnungsfähig verurteilt wird, seine Unterbringung in einer Heil- oder Pflegeanstalt für zulässig erklären können, wenn die öffentliche Sicherheit es erfordert.

Genossin Pflüß wurf die ganz allgemeine Frage auf, ob bei vermindert zurechnungsfähigen nicht vorzusehen sei, daß eine Strafe überhaupt unterbleiben könne, wenn die Unterbringung in einer Anstalt mit Erfolg durchgeführt sei.

Die sozialdemokratische Fraktion habe schon im Jahre 1925 ein Verwahrungsgesetz gefordert.

Besser würde die Frage der Unterbringung in einer Anstalt in einem solchen Gesetz und nicht in einem Strafgesetz geregelt, da der Charakter der Strafmaßnahme dann eher zurücktreten könne und der Erziehungs- und Fürsorgegedanke vorherrsche. Der Zustand dürfe nicht mehr aufrecht erhalten werden, daß Strafen um ihrer selbst willen verhängt würden. Der Zweck der Besserung und Heilung müsse betont werden.

Ministerialdirektor Bumke wies darauf hin, daß mit den Maßnahmen der Besserung und Sicherung nur ein Ausschnitt eines riesigen Problems behandelt würde, allerdings ein sehr wichtiger Ausschnitt. Ein besonderes Verwahrungsgesetz sei gewiß wünschenswert. Es sei aber zweifelhaft, ob ein solches Gesetz auch die Kriminalen betreffen werde. Durch die Übertragung des Rechts, die Unterbringung in einer Anstalt für zulässig zu erklären, werde der Charakter der Strafgerichte wesentlich verändert. Das sei eine erfreuliche Wirkung des Gesetzes. Das Strafvollzugsgesetz gestatte unter Umständen, an die Stelle der Strafe die Unterbringung in einer Anstalt zu setzen, deshalb reiche die Vorschrift des § 56 aus.

Abg. Kahl hob gegenüber dem Regierungsentwurf hervor, daß er eine große Gefahr in sich birge. Wenn die Verwaltungsbehörde nach dem Richterpruch zu prüfen habe, ob die Unterbringung in einer Anstalt erfolgen solle, so würde die Sache zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden hin- und hergeschoben werden und es werde überhaupt nichts geschehen. Deshalb sei der übereinstimmende Vorschlag der sozialdemokratischen Fraktion und der der beiden Berichterstatter dem Entwurfe vorzuziehen.

Genosse Saenger hob die Wichtigkeit einer sorgfältigen Untersuchung der Befangenen auf ihren Geisteszustand hervor. In Belgien habe sich ergeben, daß die Zahl der geistig nichtgeunden Gefangenen 51 Proz. betrage. Bei uns werde es nicht viel anders sein. Man solle endlich aufhören, die Bekämpfung der Verbrechen unter dem Gesichtspunkt der Moral zu behandeln. Die Zeit werde hoffentlich bald kommen, wo man nicht Strafanstalten, sondern nur noch Kliniken für Verbrecher habe. Hier zeige sich der grundsätzliche Unterschied der Auffassung zwischen uns und fast allen bürgerlichen Parteien. Wenn man einen durchgreifenden Fortschritt erzielen wolle, müsse man § 56 abändern.

Genosse Rosenfeld schloß sich diesen Ausführungen an. Er kündigte schon jetzt einen sozialdemokratischen Antrag an, der sich auf alle Arten der Unterbringung in einer Anstalt beziehen werde und zum Ausdruck bringe, daß bei einem Zusammenstoß von Freiheitsstrafe und Unterbringung von jeder Strafe abgesehen werden könne. Sei auf Unterbringung in einer Anstalt neben einer Freiheitsstrafe erlaubt worden, so müsse das Gericht anordnen können, daß zunächst die Unterbringung vollzogen werde und daß eine Strafe überhaupt unterbleibe, wenn die Unterbringung in einer Anstalt mit Erfolg durchgeführt sei.

Rechtsjustizminister Hergt erwiderte auf eine Anfrage des Genossen Rosenfeld, daß in den Fällen, in denen es zu einem Strafverfahren nicht komme, wohl von vornherein die Zurechnungsunfähigkeit des Täters klar sei, nur auf Grund einer mündlichen Verhandlung die Unterbringung in einer Anstalt solle angeordnet werden dürfen. Die von der sozialdemokratischen Fraktion für den Täter verlangten Rechtsgarantien seien also gegeben.

Jungdeutsche gegen Hugenberg.

Flucht vor Hugenberg zu den Idealisten der Volkspartei.

Der Jungdeutsche Orden führt einen Feldzug gegen Hugenberg. Herr Bornemann, der Kanzler des Ordens, hat in einer Versammlung in Bielefeld, im Wahlkreis Hugenberg die Rolle Hugenberg im öffentlichen Leben gekennzeichnet:

„Auf dem Wege über die Parteien erkämpfen sie sich die Weltmacht im Staat. Die Militärfürsten sind verschwunden, die Geldfürsten erscheinen auf der Oberfläche. Bankgewaltige und Konzerne bestimmen die Tätigkeit gewisser Parteien. Wir aber fordern den Staat der Staatsbürger. Wir sind gewillt, an Stelle der Militärfürsten die Fürsten des Geldes zu dulden. Die Konzerngewaltigen entscheiden über Lebensfragen und Nation. Wir halten Hugenberg als Volkspolitiker nicht für geeignet. Wir geben ihm nicht unsere Stimme. Wir wollen den Staat der Gemeinschaft, aber nicht den Verkauf des Staates an wenige Interessenten auf dem Wege über Parteien.“

Hugenberg ist der deutschnationalen Spitzenkandidat im Wahlkreis Westfalen-Nord, in dem Bornemann den Angriff gegen ihn führte.

Der Jungdeutsche Orden will Hugenberg seine Stimmen nicht geben, um nicht den Staat an wenige Interessenten auf dem Wege über Parteien zu verkaufen. Wem will er seine Stimmen geben, wenn nicht Hugenberg? Der Deutschen Volkspartei.

In der Deutschen Volkspartei sind natürlich weder Geldfürsten, noch Konzerngewaltige, noch Interessenten, sondern nur reine Idealisten!

Es ist sehr viel Idealismus im Jungdeutschen Orden — aber sehr wenig politischer Verstand.

Ein Reinlichkeitsakt.

Strafverfolgung gegen Ehren-Streicher genehmigt.

München, 24. November (Eigenbericht).

Entgegen dem Wunsch des Ausschusses hat heute das Plenum des Bayerischen Landtages der Strafverfolgung des nationalsozialistischen Abgeordneten Streicher mit überwältigender Mehrheit zugestimmt.

Streicher hat in einer Versammlung in Nürnberg die von Zeugen bestätigten Sätze gebraucht:

„Ich werde mich an den Lappe hängen wie ein Rehgerhund an eine Sau. Ein so gutmütiger Mensch ich auch bin, der Lappe kann vor meinen Füßen verrecken wie eine Sau.“

Daß Streicher sich so ausgelassen hat, wurde auch dem

deutschnationalen Abg. Hilpert von einem Verfassungskomitee bestätigt. Die Versammlung hat am 14. Oktober 1927 in Nürnberg stattgefunden.

Streicher ist von Beruf — Volksschullehrer.

Sozialistisches Kammerwahlprogramm

Sofortige Rhein-Räumung. — Friedliche Revision.

Paris, 25. November. (Eigenbericht.)

Die Sonderkommission der sozialistischen Partei, die mit der Ausarbeitung eines Programms für die bevorstehenden Wahlen beauftragt war, veröffentlicht am Freitag im Parteiorgan einen Vorentwurf. Die Kommission, der u. a. Leon Blum, Vincent Auriant, Comperre Morel, Faure, Braque und Zyromski angehören, erklärt zu dieser Veröffentlichung, sie habe es für besser gehalten, nicht ein formelles Programm auszuarbeiten, über das der Parteitag nur mit Ja oder Nein abzustimmen habe, sondern einen losem, in der Form von „Anregungen“ gehaltenen Vorentwurf zu geben, der schon jetzt den einzelnen Bezirksverbänden als Grundlage für die Diskussion dienen könne.

Als Hauptaufgabe der Partei wird der ständige, unermüdete Kampf gegen jede Kriegsgefahr und gegen die Möglichkeit der Wiederkehr eines Krieges bezeichnet. Dann wird die Forderung nach Schaffung freundschaftlicher und friedlicher Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland erhoben. Dazu sei nötig, daß das

Rheinland sofort geräumt

werde und die Saarfrage eine Lösung erhalte, die dem Wunsche der Saarbevölkerung entspreche. Die Partei wolle sich auf entscheidende jeder Politik des Bruches mit Sowjetrußland und jedem Versuch einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion. Die sozialistische Partei sei entschlossen, jeden Versuch der Rückkehr zur alten Politik der Vorkriegsbindnisse zu bekämpfen. Sie trete ein für die internationale Solidarität der Völker unter Benützung der internationalen Organisationen, besonders des Völkerbundes. Der Völkerbund selbst müsse verallgemeinert und mit wirklicher Macht ausgestattet werden und alle Völker auf dem Fuße vollster Gleichberechtigung umfassen. Schließlich wird erklärt, die sozialistische Partei Frankreichs lehne die

Friedensverträge nicht als endgültig

und unabänderlich an; sie habe diese Verträge wegen der darin enthaltenen Ungerechtigkeiten von Anfang an bekämpft und sei entschlossen, an ihrer Revision zusammen mit der sozialistischen Internationale zu arbeiten. Sie lehne aber jede gewaltsame Aenderung entschieden ab. Auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung wird vor allem die Forderung des Achtstundentages und des Koalitionsrechts erhoben und ein Verbot der Arbeit für Kinder unter 14 Jahren verlangt.

Das Effi hat, getreu seiner Tradition als ausführendes Organ der Zentrale der russischen Kommunistischen Partei, den Ausschluß von Trotski und Sinowjew gutgeheißen.

Gewerkschaftlicher Aufstieg.

Im Zimmererverband.

Trotzdem die Konjunktur im Baugewerbe in diesem Jahre nicht besonders gut war, hat die Mitgliederbewegung des Zentralverbandes der Zimmerer erfreuliche Fortschritte aufzuweisen. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist von 86 313 am Schluss des Jahres 1926 auf 101 797 im Oktober dieses Jahres gestiegen. Wie die neuesten Feststellungen aufweisen, beträgt

die Mitgliederzahl heute rund 103 000.

Mitn im dritten Quartal betrug der Zugang an Mitglieder 8839. Die Zahl der organisierten Lehrlinge hat sich von 8876 am Schluss des Jahres 1926 auf 12 067 im Oktober 1927 gesteigert. Über 18 000 neue Mitglieder hat der Verband im Jahre 1927 gewonnen.

Das Organisationsverhältnis im Zimmerergewerbe ist eins der günstigsten von allen dem DGB. angeschlossenen Organisationen. Durch die erfolgreiche Werbearbeit des Verbandes sind heute wieder nahezu 95 Proz. des Mitgliederbestandes vom Jahre 1922 erreicht. Die Verbandsfinanzen haben sich ebenfalls sehr günstig gestaltet. Der Vermögensbestand der Hauptkasse beträgt zurzeit über 3½ Millionen M. Der Verband wird voraussichtlich das Jahr 1927 mit einem Kassenbestand von

über 4 Millionen Mark

abschließen. In dem genannten Kassenbestand der Hauptkasse sind nicht die Vermögensbestände der Kassenstellen enthalten, die heute nahezu 1 Million Mark betragen. Das Gesamtvermögen des Zentralverbandes der Zimmerer wird am Schluss des Jahres 1927 bestimmt über 5 Millionen Mark betragen.

Aber nicht nur auf organisatorischem Gebiete hat der Verband große Erfolge zu verzeichnen; auch auf tarif- und sozialpolitischem Gebiete wurden große Fortschritte im Laufe des Jahres erzielt. Der Verband kann auf Grund seiner Lohnstatistik feststellen, daß

für 97 830 Zimmerer eine Lohnerhöhung von 8,32 Pf. pro Stunde im Laufe des Jahres eingetreten ist. Der Durchschnittslohn, der am Schluss des Jahres 1926 100 Pf. betrug, erhöhte sich am Schluss des Jahres 1927 auf 109 Pf.

Nach einer mehrjährigen tariflosen Zeit ist es dem Zimmererverband in diesem Jahre gelungen, einen Reichstarifvertrag zu schließen. Für sämtliche Zimmerer in Deutschland sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen tarifvertraglich geregelt. Auch gelang es dem Verband, in der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Lehrlinge beachtenswerte Erfolge zu erzielen. Alle Versuche der Unternehmerorganisationen, den Achtstundentag im Zimmerergewerbe zu beseitigen, sind bisher erfolglos geblieben.

Nebzu 96 Proz. der Zimmerer haben eine Wochenarbeitszeit, die 48 Stunden und weniger beträgt. In den Großstädten ist

durchweg die 45stündige Wochenarbeitszeit

durchgeführt. Auch den Bestrebungen der Unternehmerorganisationen, die darauf abzielen, im Zimmerergewerbe die Arbeit zu intensivieren, konnte der Verband erfolgreich entgegenzutreten. Der Grund dafür, daß im Zimmerergewerbe nicht im Accord gearbeitet werden darf, konnte hochgehalten werden.

Die innere Kräftigung der Organisation soll durch intensive gewerkschaftliche Erziehungs- und Bildungsarbeit gefördert werden. Am Laufe der nächsten Monate veranstaltet der Verband in allen Teilen Deutschlands Sektoren für Funktionäre. In diesen Kursen sollen die Funktionäre mit den Aufgaben der modernen Arbeiterbewegung vertraut gemacht werden. Alles in allem: die organisatorischen und gewerkschaftlichen Erfolge des Zimmererverbandes können sich sehen lassen. Nur durch den Idealismus und die Opferbereitschaft seiner Mitglieder war es möglich, diese Erfolge zu erzielen.

Ein Steuerhinterziehungsgesetz.

Vom Textilarbeiterverband zerstört.

Der von einem ehemaligen wegen Untreue und Betrugs entlassenen Angestellten des Deutschen Textilarbeiterverbandes erhobene Vorwurf, die Zeitung des Textilarbeiterverbandes habe sich der Steuerhinterziehung schuldig gemacht, wird von der unternehmerfreundlichen Presse in den Textilbezirken reichlich ausgeschlachtet. Was ist an dem Vorwurf wahr?

In den Jahren 1925 und 1926 hat der Deutsche Textilarbeiterverband seinen Angestellten eine Ferienentschädigung gezahlt. Der Vorstand, dem der Denunziant als Leiter der Rechtsabteilung angehörte, war der Meinung, daß diese soziale Zuwendung steuerfrei sei. Nach erfolgter Anzeige wurde von der Steuerbehörde dahingehend Aufklärung gegeben, daß diese Beiträge steuerpflichtig sind. Der Vorstand hat, sobald er von den Verdächtigungen Kenntnis erhielt, unaufgefordert umgehend durch einen Steuerfachmann das Finanzamt ersucht, eine Prüfung vorzunehmen, d. h. er hat bereitwillig seine Bücher zur Verfügung gestellt, um etwaige Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Vorstand des Verbandes und dem Finanzamt auszuräumen. Bei den Recherchen wurde vom Vorstand darauf hingewiesen, daß die Sozialbeiträge der Angestellten von der Organisation voll bezahlt werden. Auch das wurde von der Steuerbehörde beanstandet, trotzdem betont wurde, daß auch bei anderen Korporationen, ja sogar bei Stadtwahlvereinigungen dieselbe Übung bestche.

Der Vorstand hat sofort alle Angestellten von dem Sachverhalt unterrichtet und ihnen aufgegeben, nicht erst eine Aufforderung des zuständigen Finanzamtes abzuwarten, sondern die nach Meinung des Finanzamtes zu wenig gezahlten Steuern sofort nachzahlen, was inzwischen auch überall geschehen ist. Es ist un- wahr, daß die nachgezählten Steuerbeträge aus der Organisationskasse gezahlt worden sind. Wahr ist, daß jeder Angestellte selbst die zu wenig gezahlten Steuerbeträge gezahlt hat.

Die ganze sogenannte Steuerhinterziehungsgeschichte ist wirklich nicht geeignet, dem Deutschen Textilarbeiterverband etwas an Zeug zu stiften.

Die Berliner Silberschmiede haben geiernt!

In der Versammlung der Berliner Silberschmiede am Mittwoch im Dresdener Garten schloß Herr Henischel vom Metallarbeiterverband die Tarifpolitik, die von den Berliner Silberwarenfabrikanten in den letzten Jahren gelebt worden ist. Im Jahre 1925 kündigten die Unternehmer den schon lange bestehenden Manteltarif mit dem Ziel, endlich von dieser „Fessel“ freizukommen. Trotz mehrmaliger Verhandlungen war es nicht mehr möglich, einen neuen Tarif abzuschließen. Die Unternehmer wollten vor allem nichts mehr von einer tariflichen Preisregulierung wissen.

Nachdem von den Unternehmern auch noch ein Schiedsspruch abgelehnt worden war, der den Forderungen der Arbeiter entgegenkam, wurde durch einen Vergleichsvorschlag des Schlichters festgestellt, daß die Ferien für alle in der Silberwarenfabrik Beschäftigten durch den 32fachen Stundenlohn abgegolten werden müssen.

Der im Mai 1925 vom Metallarbeiterverband geforderte Lohnstarif konnte ebenfalls nicht mehr erneuert werden, da auch hier die Schiedsprüche des Schlichtungsausschusses von den Unternehmern glatt abgelehnt wurden. Die schlechte Konjunktur und zum Teil auch das in einigen Betrieben damals bestehende schlechte Organisationsverhältnis hinderten die Organisation, die Forderungen durch einen Kampf durchzusetzen.

Erit als Ende 1926 die Konjunktur besser wurde, wurde wieder versucht, zu einem Tarifabschluss zu kommen. Nach ergebnislosen Verhandlungen mit den Unternehmern legten die Silberschmiede die Arbeit nieder. Da während des Streiks die Unternehmer erklärten, in seiner Organisation mehr zusammengekommen zu sein, wurden mit den einzelnen Firmen Haustarife abgeschlossen, in denen die Arbeitszeit und die Tariffrage geregelt war. Die Löhne wurden noch nicht tariflich geregelt.

In diesem Jahre gelang es endlich, wieder zu tariflichen Vereinbarungen über Löhne und Arbeitsbedingungen zu kommen, allerdings erst danach, als die Silberarbeiter den Streik beschlossen hatten. Bei zwei Firmen mußte erst die Arbeit niedergelegt werden und in einem Betriebe sogar drei Wochen gestreikt werden, bis restlos von allen Unternehmern der Schiedsspruch anerkannt war, der die Forderungen der Silberschmiede berücksichtigte.

Genosse Henischel betonte zum Schluß, daß dieser Heberblick zeige, wie notwendig der feste organisatorische Zusammenschluß ist, da die Unternehmer bei passender Gelegenheit versuchen werden, das Errungene den Silberarbeitern wieder aus der Hand zu winden. Das Chaos der letzten Jahre dürfe auf keinen Fall wiederkehren. Es muß im Gegenteil versucht werden, die erlangten Positionen weiter zu verbessern.

Die Versammelten teilten einmütig die Auffassung des Organisationsvertreters und gelobten, jedem Ansturm der Unternehmer schärfsten Widerstand entgegenzusetzen und sich zu bemühen, auch noch den letzten Unorganisierten für den Verband zu gewinnen.

„Alles übrige wird sich finden.“

DGB-Blamage in Pommern.

Aus Kolberg wird uns berichtet: Hier finden am kommenden Sonntag die Wahlen zur Angestelltenversicherung statt. Ebenso wie die anderen Angestelltenorganisationen habe auch der AFA-Bund zu einer öffentlichen Wahlversammlung eingeladen, in der zwei Mitglieder des Bundesvorstandes sprechen sollten. Schon tagelang vorher waren die deutschnationalen Handlungsgehilfenführer in Sorge um die Zuverlässigkeit ihrer Erfolgsgläubigen. Sie setzten alles daran, dem AFA-Bund die Versammlung zu stören.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe Kolberg des DGB. erließ vor der Versammlung an seine Mitglieder einen „streng vertraulichen, ungemein wichtigen

Aufruf zur Sprengung

der hier Mittwoch, den 23. d. M. stattfindenden AFA-Bund-Wahlversammlung bei Piel“. In diesem von Hakenkreuzern verfaßten Elaborat heißt es weiter:

„Ich appelliere also an Ihr Pflichtgefühl und bitte dringlichst, zu der bekanntgegebenen Mittwoch-Versammlung möglichst mit jedem verfügbaren Gefolge auch unbedingt zu erscheinen. Alles übrige wird sich finden.“

Deutschen Gruß.“

Vorher war in dem Aufruf an die Mitglieder des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes noch mitgeteilt: „Wir haben für diesen Abend einen ganz vorzüglichen Redner von unserer Gausleitung in Berlin gewonnen und beachtenswerten, durch Vertretung und Annahme einer DGB-Erklärung im Anschluß an die Aussprache die Versammlung zu sprengen und aus derselben einen vollen Wahlsieg für unsere DGB-Liste davonzutragen.“

Der Mittwoch kam, doch der edle Aufruf war zu der überfüllten AFA-Bund-Versammlung überhaupt nicht erschienen. Diejenigen seiner Vertreter, die seinem Ruf gefolgt waren, hörten sich die Ausführungen des AFA-Vertreters mit großer Interesse an und verhielten sich ganz mäuschenstill. Aus dem erhofften Versammlungssieg ist eine Niederlage geworden, die den DGB. auch um die letzten Reste des Ansehens bei der Kolberger Bürgerschaft gebracht hat.

Alles übrige wird sich finden!

Militärmusiker spielen.

Zivilberufsmusiker müssen hungern!

Nach den Bestimmungen für die außerordentliche öffentliche Musikfähigkeit der Militärmusiker, herausgegeben vom Reichswehrministerium am 8. Juli 1921, sollen die Interessen der Zivilberufsmusiker durch das Spielen der Militärmusiker nicht geschädigt werden. Spielerlaubnis darf der Kommandeur nach pflichtmäßigem Ermessen nur dann erteilen, wenn berechtigte Interessen der Zivilberufsmusiker dadurch nicht geschädigt werden. Die Bestimmungen bestehen schon über sechs Jahre und trotzdem machen viele Kommandeure was sie wollen. Ein Beispiel:

Durch polizeiliche Bestimmungen sind Lustbarkeiten am Bußtag und Totensonntag verboten. Als einzige Arbeitsmöglichkeit für die freistehenden, arbeitslosen Berufsmusiker bleibt die Veranstaltung von geistlichen Konzerten. Die Zivilkapelle in Rüttrn, unter Leitung des Professors Meyer, wollte am Totensonntag ein Konzert im Neuen Schützenhaus veranstalten, konnte dies aber nicht, weil der Inhaber durchaus ein Konzert der Reichswehrkapelle vom Pionerbataillon Nr. 3 unter Leitung des Obermusikmeisters Ebert haben wollte. Auf den Einspruch der Vertreter der Zivilberufsmusiker in der paritätischen Kommission er-

SDP. - Metallarbeiter!

Besucht die Wahlkörper - Versammlungen!

Härte der Obermusikmeister Ebert, daß er das Konzert spielen werde. Hierauf setzte sich der Hauptvorstand des Deutschen Musikerverbandes mit dem Reichswehrministerium in Verbindung und der zuständige Dezerent, Major Bod von Büffingen, erklärte sich bereit, das Bataillon in Rüttrn anzurufen und dafür sorgen zu wollen, daß die Reichswehrkapelle das Konzert nicht spielt. Angeblick ist denn der Obermusikmeister Ebert persönlich nach Berlin zum Reichswehrministerium gefahren, um den Dezerenten umzustimmen. Das Ende vom Liede: Die Reichswehrkapelle hat das angelegentlich geistliche Konzert mit anschließendem Wurst- und Eisbeeinen gespielt. Als geistliche Musik hat man dem Totensonntag entsprechend auch das „Steuermannlied“ und den „Matrosenschor“ von R. Wagner, die Duettüre zu „Orpheus in der Unterwelt“ und den „Parademarsch“ von Röllendorf gespielt. Eine Reichswehr-

kapelle darf sich so etwas schon erlauben, trotzdem nicht weniger als vier Polizeibeamte im Neuen Schützenhaus anwesend waren und das „Reichswehrkonzert“ unter Schutz und Schirm nahmen. Auf der einen Seite verbietet die Polizei die Abhaltung von Lustbarkeiten und nimmt den Berufsmusikern dadurch die Hauptbeschäftigung und Einnahme und auf der anderen Seite sorgt sie für Schutz, daß die Militärmusiker, die vom Reich als Soldaten bezahlt werden, ihren Nebenverdienst retten können. Dafür lassen die Berufsmusiker mit ihren Familienangehörigen hungern. Was sagt der Reichswehrminister Dr. Gehler zu der Angelegenheit? Im Reichstag und im Hauptauschuß hat er oft genug erklärt, daß seine erlassenen Bestimmungen die Interessen der freistehenden, arbeitslosen Zivilberufsmusiker genügend schützen. Wie dieser Schutz durch untergeordnete Stellen gehandhabt wird, beweist der Fall Rüttrn.

Berlin, 21. November 1921. Dr. Carl Gehler: Reichswehrminister; Generalstaatsanwalt: J. Störmer; Anwalt: R. S. Böcker; Zeugen: Fritz Kießler, Anwalt: Th. Glode; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Zinner & Co. Berlin S. 66, Lindenstraße 2. Hierzu 1 Beilage und „Kulturarbeit“.

PELZWAREN

Mäntel, Jacken, Besätze
Pelzbesetzte Stoffmäntel
Umarbeitungen

Kleine Anzahlung
10 Monatsraten

Kürschnerei Kallis

Tile-Wardenberg-Straße 11
Moabit 7622, 7623, 7624
Nahe Bahnhof Tiergarten, Hansa-Platz,
Gotzkowski-Brücke

II. GESCHÄFT:
Große Frankfurter Straße 40
Am Strausberger Platz

GEGRÜNDET 1908

Kaufen Sie nicht nach Preisen, verlockenden Ziffern
In der realen guten Qualität allein liegt die Billigkeit

77 Abteilung (Seib. e. Jerg)
Am Dienstagabend 8 Uhr verstarb plötzlich am Herzschlag im 57 Lebensjahre unter lieber Genosse
Albin Klawitter
Berlin-Schlüterberg, Apffel-Quintus-Straße 7
Seine langjährige Tätigkeit innerhalb der Organisation wird uns stets in dankbarer Erinnerung bleiben.
Gute seinem Andenken!
Beerdigung: 22. d. M. (Sonntag) nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Friedhof Danks Platz. Bestattung durch die Beerdigungsanstalt.
Der Abteilungs Vorstand.

Zum Kampf
gegen das Reichsschulgesetz

am liebsten mit
Helena Costa
Kirchenschule oder Volksschule
Kartieren 1 Kart
Der Leidensweg des Reichsschulgesetzes
Kartieren 2, 20 Kart
zu beziehen durch:
F. B. W. Dienstadt, G. m. b. H., Rudowstr. 3 und allen Ausgabe-Verlägen des „Vorwärts“

Bettfedern
anerkannt billig und reell.
200 Stück 90 Pf., 400 Stück 1.80 Pf., 600 Stück 2.70 Pf., 800 Stück 3.60 Pf., 1000 Stück 4.50 Pf., 1200 Stück 5.40 Pf., 1400 Stück 6.30 Pf., 1600 Stück 7.20 Pf., 1800 Stück 8.10 Pf., 2000 Stück 9.00 Pf., 2200 Stück 9.90 Pf., 2400 Stück 10.80 Pf., 2600 Stück 11.70 Pf., 2800 Stück 12.60 Pf., 3000 Stück 13.50 Pf., 3200 Stück 14.40 Pf., 3400 Stück 15.30 Pf., 3600 Stück 16.20 Pf., 3800 Stück 17.10 Pf., 4000 Stück 18.00 Pf., 4200 Stück 18.90 Pf., 4400 Stück 19.80 Pf., 4600 Stück 20.70 Pf., 4800 Stück 21.60 Pf., 5000 Stück 22.50 Pf., 5200 Stück 23.40 Pf., 5400 Stück 24.30 Pf., 5600 Stück 25.20 Pf., 5800 Stück 26.10 Pf., 6000 Stück 27.00 Pf., 6200 Stück 27.90 Pf., 6400 Stück 28.80 Pf., 6600 Stück 29.70 Pf., 6800 Stück 30.60 Pf., 7000 Stück 31.50 Pf., 7200 Stück 32.40 Pf., 7400 Stück 33.30 Pf., 7600 Stück 34.20 Pf., 7800 Stück 35.10 Pf., 8000 Stück 36.00 Pf., 8200 Stück 36.90 Pf., 8400 Stück 37.80 Pf., 8600 Stück 38.70 Pf., 8800 Stück 39.60 Pf., 9000 Stück 40.50 Pf., 9200 Stück 41.40 Pf., 9400 Stück 42.30 Pf., 9600 Stück 43.20 Pf., 9800 Stück 44.10 Pf., 10000 Stück 45.00 Pf.
Spezialfedern: 1000 Stück 1.50 Pf., 2000 Stück 3.00 Pf., 3000 Stück 4.50 Pf., 4000 Stück 6.00 Pf., 5000 Stück 7.50 Pf., 6000 Stück 9.00 Pf., 7000 Stück 10.50 Pf., 8000 Stück 12.00 Pf., 9000 Stück 13.50 Pf., 10000 Stück 15.00 Pf.
Spezialfedern: 1000 Stück 1.50 Pf., 2000 Stück 3.00 Pf., 3000 Stück 4.50 Pf., 4000 Stück 6.00 Pf., 5000 Stück 7.50 Pf., 6000 Stück 9.00 Pf., 7000 Stück 10.50 Pf., 8000 Stück 12.00 Pf., 9000 Stück 13.50 Pf., 10000 Stück 15.00 Pf.
Spezialfedern: 1000 Stück 1.50 Pf., 2000 Stück 3.00 Pf., 3000 Stück 4.50 Pf., 4000 Stück 6.00 Pf., 5000 Stück 7.50 Pf., 6000 Stück 9.00 Pf., 7000 Stück 10.50 Pf., 8000 Stück 12.00 Pf., 9000 Stück 13.50 Pf., 10000 Stück 15.00 Pf.

Ischias
Ohne Anzahlung
Zuverlässige billige und gute Stiefel
gibts bei
H. Bähr
Berlin, Spielmarkt 7

Ohne Anzahlung
Zuverlässige billige und gute Stiefel
gibts bei
H. Bähr
Berlin, Spielmarkt 7

KINO-TAFEL

Programm für die Zeit vom 25. bis 28. November

BTL
Potsdamer Straße 38 und Rheinstraße 14
Pat und Patachon auf dem Pulverfaß
Für Jugendliche freigegeben.
Turmstraße 12
Wochenendzauber
mit Harry Liedtke, Maria Paulier
dazu: Krawall im Harem.
Odeon, Potsdamer Str. 75
Buster Keaton der Student
dazu: Das verrückte Sanatorium
5 stündige Akte. Für Jugendliche.
Alexanderstr. 39-40
LH Dagover in:
Der Anwalt des Herzens
dazu: Das gute Beiprogramm.

Viktoria-Lichttheater
Henny Porten in:
Die große Pause
Ferner: Bühnenschaub.
Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 59
Henny Porten in:
Die große Pause
Ferner: Bühnenschaub.
Passage-Lichtspiele
Harry Liedtke in:
Wochenendzauber
Ferner: Bühnenschaub.
Film-Palast Kammersäle
Bigamie
Jeliprogramm und Bühnenschaub.
Concordia-Palast, Andreasstraße 64
Pat und Patachon auf dem Pulverfaß

Bruchmüllers

täglich frisch gerösteter

Kaffee

6 sehr beliebte, hochfeine Sorten:

Nr. 1 edelste Art	1/4 Pfd.	1.00
Nr. 2 hochfein	1/4 Pfd.	0.90
Nr. 3 feines Aroma	1/4 Pfd.	0.80
Nr. 4 wohlschmeckend	1/4 Pfd.	0.70
Nr. 5 feine Art	1/4 Pfd.	0.60
Nr. 6 reinschmeckend	1/4 Pfd.	0.50

Es lohnt sich
zwei Eten zu stellen.
Durch Ersparnis hoher Ladungsmenge
Qualitätsware Außerordentlich billig!
Gardinen, Stores, Bett-, Tisch- und Divandecken
Gardinenhaus Alfred Walter
Neukölln, Seichowerstr. 6 II. Etage, kein Laden!
Telefon: F 2 2527
direkt Untergrundbahn Boddenstraße

Schlafzimmer
jetzt auch auf Teilzahlung
bis zu 24 Monatsraten!
Gegr. 1862 **NOLTE** Gegr. 1862
Werkstätten für Wohnungseinrichtungen
Berlin N 58, Schönhauser Allee 141 a
Heddenhof Danziger Straße.

Frisch geschlacht,
junger, prachtvoller
Gänse 1.10
einzigl. Geschmack
9 bis 14 Pfd. schwer,
Wegner, Berlin 50
Mariannenstraße 34
im Gänsekeiler.
Krause-Pianos
zur Miete
W. O. Anschbacherstr. 7

Walterdiens Ball
der älteren Jugend (17)
Wann und Wo?
Nur Holzmarktstr. 72 (Jannowitzbrücke)
Täglich außer Dienstage

Residenz-Casino
Blumenstraße 10
80 Fischtelefone
Wasser- u. Lichtwunder

Telex
Andreas
754

Teppiche, Gardinen, Tisch- u. Diwandecken
mit kleinen Webefeldern
einzelne Stücke weit unter Preis
Sieppdecken Sa. in 12.50
Bettfedern u. Daunen
1.2, 2.25, 3.75, 4.9, 6.00, 7.50, 11.00
Eigene
Bettfedern-Reinigung
per Pfund 20 Pf.
Teilzahlung
gestattet

Walter Jaehns
O 112 Sonntagstr. 31 Ecke Lenbachstr.

GERMANIA-PRACHTSALE
CARL RICHTER
Berlin N. 4, Cassiusstr. 110 u. Norden 473 u. 6080
Säle für Festlichkeiten, Kongresse usw. bis 1.00
Personen fassend zu den günstigsten Bedingungen. 1146
Gute Küche :: Geübte Bedienung :: Solide Preise

Trauringe nach Gewicht
333er G. Gramm 1.00
555er G. Gramm 2.00
900er G. Gramm 3.90
MAX MÜLLER
112 Münzstraße 5.

Photoapparate, Feldstecher
Photo-Spezialhaus Haller, Kotzbuscher Damm 98

Die königstädtliche Dampf-Bad-Anstalt
50 33, Cuorffstraße 1
Tsp. 3618. 6982
wäscht gut und billig

Großdestillation
(EMIL GRÜNDLING)
1. Brückenstr. 8 2. Spittelmarkt 3. Friedrichstr. 181 a
Jannowitzbrücke Ecke Eydelsstraße Ecke Karlstraße

RESTAURANT 'MUNZHOF'
Münzstr. Ecke Dragonerstr.
Warme Küche • Gut gepflegte Biere • Ab 1 Uhr mittägliche Konzerte

Groß-Konditorei Knoche & Co.
Müllerstraße 40 a (Fabrikgebäude)
Fabrikation feinsier Konditoreiwaren
Detail-Verkauf zu Engrospreisen

Der gute Zahnersatz
Piomb. n. Zahnziehen
chrader, Lichtenberg, Prinz-Albert-Str. 1
Sprechstunden: 9-12 und 3-6 Uhr
Tel.: Lichtenberg 997. Röntgeneinrichtung

Musiker-Festsäle
Inh.: Max Vogel, Kaiser-Wilhelm-Str. 31
Empfehle meine Lokalitäten
sämtlichen Organisationen und Vereinen.

Kommunistische Verleumdungen.

Die Hez gegen Stadtrat Schlichting vor Gericht.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann heute morgen unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Sternheim der Prozeß gegen den Redakteur der „Roten Fahne“ Genrich und den ehemaligen Verbandsführer Karl Jakob, die über den Vorhingen des Verbandes der Maschinisten und Heizer, Stadtrat Schlichting, verleumderische Behauptungen verbreitet haben. Den Strafentwurf hat Oberbürgermeister Dr. Böß als Vorgesetzter Schlichtings gestellt. Schlichting selbst ist als Nebenkläger zugelassen.

Dem Eröffnungsbeschluss liegen zwei Artikel der „Roten Fahne“ vom 1. und 6. Februar d. J. zugrunde. In dem ersten, der die Ueberschrift „Aebe und Schlichting“ führt, wird Schlichting als „korruptives Element“ und als „Betrüger“ bezeichnet und dem Magistrat wie dem Oberbürgermeister vorgeworfen, „diese Schweineereien zu verurteilen“.

In dem zweiten Artikel wurde ungefähr gesagt, der Oberbürgermeister habe zwar gegen Schlichting ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Das habe jedoch mit der Rehabilitierung Schlichtings geendet. Anscheinend wären die „Betrügereien Schlichtings“ „nur gang oberflächlich nachgeprüft“ worden.

Die gleichen Beschuldigungen gegen Schlichting und Aebe wurden immer aufs neue in der Kommunistenpresse wiederholt.

Der Angeklagte Genrich beruft sich auf eine im Jahre 1924 erschienene Broschüre von Emil Dyrriß mit dem Titel „Aus dem Gewerkschaftslump“, in der behauptet wird, Schlichting und Aebe hätten bei der Bestellung von Schreibmaschinen für geleistete Zahlung von Ueberpreisen in der Höhe von 17.500 Mark als Gegenleistung für ihre Häuser in Karlshorst Möbel erhalten. Sie hätten außerdem den Verbandsführer Jakob veranlassen wollen, um den Zugriff des Buchergerichts zu vermeiden, die Möbel aus Karlshorst abzuholen und in einen Speicher zu schaffen.

Rechtsanwalt Dr. Weinberg, der den Nebenkläger Schlichting vertritt, fragt den Angeklagten, ob ihm bekannt gewesen sei, daß der Verfasser der Broschüre, Dyrriß, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern aus dem Verband ausgeschlossen und rechtskräftig verurteilt sei.

Der Angeklagte bestreitet dies. Der zweite Angeklagte, der lebt in Ruheland gestrichelte Verbandsführer Karl Jakob, gibt zu, daß er einen Brief dieses Inhalts, wie er in der Broschüre abgedruckt ist, tatsächlich geschrieben habe.

Stadtrat Schlichting, als erster Zeuge vernommen, sagt aus: Es sei schon richtig, daß Aebe in Karlsruhe von dem Kaufmann Gutmann ein Telegramm bekommen habe. Er und Aebe haben tatsächlich Jakob gebeten, nach Berlin zu fahren, um für sie beim Buchergericht vorstellig zu werden. Er erinnert sich jedoch nicht, daß Jakob beauftragt worden sei, die Möbel von Karlshorst fortzuschaffen. Dies sei auch nicht erforderlich gewesen. Die Sache mit den Möbeln hängt folgendermaßen zusammen: Bei der Bestellung von Schreibmaschinen bei Gutmann wurde in die Rechnung auch der Preis für die bestellten Bureaumöbel hineinkalkuliert. Dies geschah, weil ein Beschluß des Vorstandes für einen Ankauf der Möbel noch nicht vorgelegen habe. Da seinerzeit das Verbandshaus in der Staliger Straße erst kurz vorher erworben worden war, der Zustrom der Mitglieder in den Verband fast auf das Bierische gestiegen war, die Verbandsausstellungen deshalb gezwungen waren, zu diesen Personen in engen Räumen zusammen zu arbeiten, wurden die bei Gutmann gekauften Möbel in die Karlshorster Wohnung Aebes und Schlichtings geschafft, damit beide hier ihre Verbandsgeschäfte erledigen könnten. Er, Schlichting, erhielt einen Tisch, einen Bureaustuhl und einen Stuhl; Aebe erhielt einen Tisch und einen Stuhl. Ueber diese Möbel wurde von ihnen eine Quittung ausgestellt, in der vermerkt war, daß sie die Möbel teilweise dem Verbandshaus entnommen haben.

Die Quittung wurde vom vereidigten Bücherrevisor gegengezeichnet. Als dann nach dem Verbandstag die Ueberlastung mit Verbandsarbeit aufgehört hatte, wurden die Möbel dem Verband zu anderen Zwecken zur Verfügung gestellt.

Die Quittung wird dem Gericht vorgelegt. Der Nebenkläger erklärt weiter, daß es auch in anderen Städten, wie in Breslau, Elberfeld, Hamburg, zu jener Zeit üblich gewesen sei, wegen der Enge der Bureauräume den Vorstandsmittgliedern für ihre Arbeit Bureaumöbel zur Verfügung zu stellen.

Auf Betragen des Vorhingen erklärt der Nebenkläger, daß Jakob in einer Vorstandssitzung im Jahre 1924, nachdem ihm die Quittung vorgelegt wurde, seine Behauptungen zurückgenommen habe. Die Angelegenheit selbst wurde im Oktober 1926 auf einer Konferenz der höchsten Verbandsinstanzen nachgeprüft. Seine und Aebes Handlungsweise wurde als einwandfrei festgestellt, und es wurde beschlossen, sich mit der „Roten Fahne“ vor Gericht nicht herumzuschlagen. Auch die auf Veranlassung von Oberbürgermeister Böß eingeleitete Kommission hatte nach Prüfung des Sachverhalts erklärt, daß ein Anlaß zum Disziplinarverfahren nicht vorliege. Als aber die Angriffe der „Roten Fahne“ nicht aufhörten, hat er auf Veranlassung des Oberbürgermeisters Böß die Anklage gegen sie erhoben. Dies Verhalten, das dem Beschluß der Dresdener Konferenz entgegensteht, ist vor wenigen Tagen von dem Verbandstag in Frankfurt a. M. einstimmig, einschließlich der Stimme eines Kommunisten, genehmigt worden.

Rechtsanwalt Dr. Diamant richtet angesichts dieser Erklärung des Nebenklägers Schlichting an den Angeklagten Genrich die Frage, ob er nun noch Fortsetzung der Quittung über die teilweise Entnahme der Bureaumöbel, deren Gesamtwert etwa 200 Mark ausgemacht hat, noch seine Behauptung aufrechterhalten wolle. Der Angeklagte erwidert darauf, daß er eine gerichtliche Klärung der Angelegenheit wünsche und auf die Vernehmung der Zeugen deshalb bestohe.

Gewerkschaftsrevisor Seger befindet sich als Zeuge, daß er der Vorstandssitzung im August 1924 beigewohnt habe, auf der Jakob seine Beschuldigungen gegen Aebe und Schlichting zurückgenommen habe. Seger erklärt, daß Jakob dies vollkommen freiwillig ohne jeglichen Druck von irgendeiner Seite getan habe.

Als weiterer Zeuge wird der Schreibmaschinen- und Möbelhändler Gutmann vernommen. Er sagt aus, daß er mit Schlichting bereits viele Jahre gearbeitet habe, als er und Aebe im Jahre 1920 bei ihm eine Anzahl von Schreibmaschinen und Bureaumöbel für das Verbandshaus bestellt. Bei dieser Gelegenheit wurde er darum gebeten, wegen interner Verrechnungen, da die Verlagsgesellschaft noch nicht arbeitete, die ganze Berechnung auf die Schreibmaschinen erfolgen zu lassen. Daran sei nichts auffällig gewesen, da die gleiche Verrechnungsart auch von vielen anderen Gewerkschaften, ja selbst von kommunistischen Verbänden, aus bilanziellen Gründen wiederholt gewöhnlich worden war. Von einer Bestechung oder von einer Sonderlieferung kann überhaupt keine Rede sein. Alles ist vollkommen offen für das Verbandshaus geliefert worden.

Nach dieser beiden Zeugenaussagen regt der Vorhingen von sich aus an, ob nicht auf die Beweisaufnahme verzichtet werden könne — es ist eine große Anzahl von Zeugen geladen — und ob die Parteien nicht zu einem Vergleich kommen könnten. Um den Umständen die Möglichkeit zu geben, mit ihren Mandanten Rücksprache zu nehmen, wird in eine halbstündige Pause eingetreten.

Um 1/2 Uhr wird die Verhandlung wieder aufgenommen. Die Parteien erklären, daß

ein Vergleich zustande gekommen

ist. Die Angeklagten sind bereit, ihre Beschuldigungen zurückzunehmen. Das Gericht scheidet zur Protokollierung eines Vergleichs.

Ein Haus will einstürzen.

Der Hauptpfeiler nicht mehr tragfähig. — Schwierige Schutzmaßnahmen.

Es ist gegen 1/2 Uhr morgens. Lange schon ist die Stadt aus ihrem Schlaf erwacht. Durch die Große Frankfurter Straße mit ihrem vielen alten Häusern flutet harter Verkehr. Autobusse und Straßenbahnen, mit Arbeitern und Angestellten dicht besetzt, durchrollen die enge Straße. Wüßlich staut der Verkehr. Die Warmgloden der Feuerwehr erlösen; mehrere Fahrzeuge rasseln heran und halten vor dem Grundstück Große Frankfurter Str. 88. Aus den Fenstern der dreistöckigen Mietskasernen, die seit nahezu 140 Jahren steht, sehen angsterfüllte Menschengesichter. Im Nu hat sich auch schon eine riesige Menschenmenge angeammelt. Gerüchte schwirren und allerlei Vermutungen werden geäußert. Die Feuerwehrbeamten drängen von der Straße in das Erdgeschoss ein, draußen stehende Bauhandwerker schließen sich ihnen an. Bald ist es heraus: Der Hauptpfeiler des Grundstücks ist im Erdgeschoss infolge Ueberlastung eingerissen, und das Haus droht zusammenzustürzen. Ein starkes Polizeiaufgebot röhrt und nimmt umfangreiche Vorkehrungen vor. Nur ungenügend lassen sich die Neugierigen von ihren Plätzen zurückdrängen. Inzwischen beginnt die Feuerwehr im Verein mit den Handwerkern ihre gefährvolle Arbeit. Große Balken und Bohlen werden herangeführt, um die Gefahr durch Abstützung vorläufig zu beseitigen. Oberbranddirektor Gemp und Baurat Steiner geben die notwendigen Anordnungen und nach 1 1/2 stündiger angestrengter Arbeit besteht keine Gefahr mehr für einen unmittelbaren Einsturz.

Folgende Einzelheiten werden hierzu noch mitgeteilt: Vor einiger Zeit wurden im Erdgeschoss des linken Gebäudeteils die Arbeiten für einen Ladenausbau in Angriff genommen. Eine starke Stützwand, die mit dem Hauptpfeiler des Hauses in Verbindung stand, wurde abgerissen. Als heute früh die mit dem Umbau beschäftigten Arbeiter ihre Arbeitsstelle kaum betreten hatten, merkten sie im Mauerwerk ein feines Nischen; Puh bröckelte ab und der Hauptpfeiler senkte sich um etwa 10 Zentimeter. In den darüberliegenden Wohnungen, die ohnehin einige alte Risse aufwiesen, machten sich im Mauerwerk neue Schäden bemerkbar. Es bestand die Gefahr, daß bei einem weiteren Nachgeben des Hauptpfeilers die gesamte linke Seite des Hauses zusammenstürzte. Die Feuerwehr erschien auf den Alarm „Haus in Einsturzgefahr“ sofort mit mehreren Abschüssen und Spezialfahrzeugen. In mühevoller, mehrstündiger Arbeit wurden im Innern des Hauses schwere Bohlen und Bieranstöße vom Keller bis zur Decke des ersten Stockwerkes zur Abstützung angebracht. Insgesamt wurden 10 bis 12 Stützen eingesetzt, die nach menschlichen Berechnungen vorläufig jede Einsturzgefahr ausschließen. Das ganze Haus mußte auf die baupolizeiliche Anordnung hin in wenigen Minuten zunächst völlig geräumt werden.

Gegen 10 Uhr konnte allerdings die rechte Hausseite wieder freigegeben und bezogen werden.

Die Schäden sind ziemlich erheblich. Die Wände der über dem Gefahrenherd liegenden Wohnungen des Hauses, das vor etwa 140 Jahren erbaut wurde, weisen starke Einrisse auf. Der Hauptpfeiler selbst, der zwei Meter Umfang im Querschnitt hat, ist so altersschwach, daß er wahrscheinlich bis zum Keller hinunter gänzlich erneuert werden muß. Einzelne Feldbausteine, aus denen der Pfeiler besteht, zerbröckelten bei geringer Kräftebeanspruchung zwischen den bloßen Händen. Es hat den Anschein, daß bei den Umdauarbeiten auf das hohe Alter des Hauses wenig Rücksicht genommen wurde und nicht mit der notwendigen Vorsicht zu Werke gegangen ist. Ueber das Resultat der polizeilichen Untersuchung, die im Beisein des Stadtbaurats Fischer vorgenommen wurde, ist noch nichts bekannt.

Eine diebische Mutter.

Sie verführte auch die Tochter zum Diebstahl.

Ein Kindermartyrium besonderer Art wurde infolge einer Festnahme ausgeübt, die gestern in Tempelhof erfolgte. In einem Warenhaus in der Berliner Straße fiel eine Frau auf, die sich mit einem jungen Mädchen in der Hutabteilung zu schaffen machte. Weil sie gut bürgerlich gekleidet war, hielt man sie zunächst für eine Kundin. Eine längere Beobachtung jedoch ergab, daß sie nicht zum Einkauf, sondern zum Stehlen gekommen war.

Als die Frau versuchte, einen Hut verschwinden zu lassen, wurde sie festgenommen und mit dem Mädchen der weiblichen Kriminalpolizei im Polizeipräsidium vorgeführt. Die Ertrappe leugnete, obwohl sie überführt war, hartnäckig jede Diebstahlsabsicht. Erst als Kriminalrätin Wieling ihr in eingehendem Verhör durch Nachforschungen in ihrer Wohnung nachgewiesen hatte, daß sie nicht nur den Hut, sondern vorher schon in demselben Warenhaus allerlei Spielfachen, Strümpfe und Schlüpfen und in Kaufhäusern der Leipziger Straße ähnliche Dinge gestohlen hatte, und daß sie sogar gestohlene Sachen, Mantel, Pelztragen und Kleid, auf dem Leibe trug, legte sie endlich ein Geständnis ab. Das Mädchen, ihre vierzehnjährige Tochter, brach jetzt in Tränen aus und bekannte, daß sie ihre Mutter bei den Diebereien hatte unterstützen müssen. Die Verhaftete, eine Frau S. aus Tempelhof, die Frau eines mittleren Beamten, hatte es ihrer wirtschaftlichen Lage nach durchaus nicht nötig, zu stehlen. Trotzdem ging sie nicht nur allein auf den Diebstahl aus, um ihrer Buhlsucht zu fröhnen und ihr Taschengeld zu erhöhen, sondern verleitete auch die Tochter zur Missetat. Sie brauchte diese Hilfe wegen ihrer Kurzsichtigkeit, die sie hinderte, die richtigen Sachen richtig herauszufinden. Die Tochter wehrte sich erst mit allen Kräften gegen die Zumutung, es half ihr jedoch nichts. Jedesmal, wenn sie nicht mitgehen wollte, prügelte sie die Mutter solange, bis sie gefügig war. Auch von einer Offenbarung dem Vater gegenüber wurde sie durch Schläge abgehalten. Dazu kam noch, daß sie auch ihre Mutter nicht bloßstellen wollte. So wurde das Kind immer

mehr eingeschüchtert und schließlich willenlos. Nach Aufdeckung dieser Zustände wurde das Mädchen mit ihrer jüngeren Schwester, die unter diesen Umständen ebenso gefährdet erscheint, einem Heim überwiesen. Die Mutter wird sich vor dem Strafrichter wegen ihrer Diebstahle und der gemaltätigen Anstiftung ihrer Tochter zu verantworten haben.

Zuchthausrevolte in Kalifornien.

Militär belagert die Sträflinge.

New York, 25. November.

Im Zuchthaus zu Folsom in Kalifornien kam es zu einer Zuchthausrevolte, die bisher in ihrer Art beispiellos dastehet. Augenblicklich werden 2000 Zuchthäuser durch 500 Mann regulärer Truppen mit Maschinengewehren und leichter Feldartillerie belagert. Man nimmt an, daß bisher neun Zuchthäuser und zwei Wärter getötet sind. 21 Zuchthäuser und vier Wärter wurden verwundet. Acht unbewaffnete Wärter wurden von den belagerten Zuchthäusern als Geiseln innebehalten.

Die Revolte nahm folgenden Anfang: Um die Mittagszeit versammelten sich am Donnerstagabend, dem höchsten amerikanischen Feiertag, im Großen Saal des sogenannten alten Zellenhauses, in dem nur Schwerverbrecher sitzen, ungefähr 1000 Gefangene, um einer Filmvorführung anlässlich des Feiertages beizumohnen. Wüßlich erlitten an verschiedenen Stellen des Saales Pfeifen Signale, denen tumultuarische Szenen folgten. Die Verbrecher stürzten sich auf die im Saal anwesenden Wärter, die ohne Waffen waren, warfen sie zu Boden und entrißen ihnen die Schlüssel. Aus isolierten und beschreibliche Szenen. Weitere Gefangene schlossen sich den Aufständischen an, durchdrangen mit wildem Lärm die Korridore, liefen die Treppen hinauf und befreiten die übrigen Gefangenen, so daß sich die Zahl der Rebellen allmählich auf 2000 erhöhte. Die Wärter eines anderen Zuchthausgebäudes, das auf der anderen Seite des Hofes liegt, die im ersten Augenblick vollkommen die Fassung verloren hatten, konnten gerade noch sämtliche Zellen ihres Gebäudes, in dem 1800 Verbrecher untergebracht sind, abschließen und das Haupttor verbarrikadieren. Dann eröffneten sie vom Fenster aus das Feuer auf die im Hof befindlichen meuternden Zuchthäuser. Diese verbarrikadierten sich darauf im alten Zellenhaus und gaben durch ein weißes Plakat bekannt, daß sie acht Wärter als Geiseln zurückbehalten hätten. Inzwischen rückten auf Balkonten Truppen mit Maschinengewehren an, während das Zuchthauspersonal mit den Gefangenen verhandelte, und es kam dann zu der regelrechten Belagerung durch die Truppen.

Von der Gymnastik zur Tanzgymnastik.

Das Schönberger Bezirksamt hat sich die dankenswerte Aufgabe gestellt, von der Leiterin der Berliner Wilmanns-Schule, Margarete Wallmann, einen auf drei Abende verteilten Vortrag über das moderne Gymnastik-Tanzproblem halten zu lassen. Der erste Vortrag fand am vergangenen Mittwoch statt und galt dem Thema: Die tänzerische Gymnastik. Unter Tanz wird heute, so führte die Sprecherin aus, alles mögliche verstanden: Ballett, Pantomime, Volkstänze und Charleston und Jazz. Das Ballett ist aber eine überlebte, der moderne Gesellschaftstanz eine sich überlebende Tanzform. Ballett ist eine künstlerische Ausdrucksform des Volkstanzes, es ist eine höfische Kunst und steht mit der äppigen Pracht der alten Fürstentümer. Der moderne Mensch hat eine andere Auffassung von Tanz. Er will den ganzen Körper erschaffen. Mehr noch, er will Körper nicht ohne Seele wissen. Der moderne Tanz ist eine Manifestation des inneren Menschlichen, er schöpft Charakter aus dem Inneren des Menschen. Nach einer Würdigung der unvergleichlichen Pionierarbeit Hadora Ducans ging die Sprecherin zur Erläuterung des Themas Was ist Gymnastik? über und erklärte sie als eine harmonische, ungebundene, doch maßvolle Ausbildung aller körperlichen und seelischen Kräfte, die sowohl die strenge Gebundenheit des Turnens wie bei auf Höchstleistung (Rekord) sich einstellenden Sport ablehnt. Die meisten modernen Gymnastiksysteme zeichnen sich dadurch aus, daß sie nicht mehr reine Gymnastik sind, sondern Uebergänge darstellen zur tänzerischen Gymnastik, wie sie Mary Wigman und Rudolf von Laban veriteten. Tänzerische Gymnastik bedeutet Befreiung von inneren und äußeren Hemmungen. Es sind nur wenige uralte Umkleen vorhanden. Durch Uebergänge, zu denen Spannungen und Entspannungen verhalten, kommt es zu einer intensiven tänzerischen Ausdrucksgestaltung. Rhythmus und Raumgefühl sind notwendig, um zu einer Bindung der einzelnen Gymnastikformen zu kommen. Von Zeit zu Zeit unterbrach Fräulein Wallmann ihren Vortrag und ließ ihn durch eine Schülerinnenschar illustrieren.

Nun waren zwar diese Vorführungen äußerlich ungemein einladend, aber merkwürdig berührte die absolute Unbewegtheit der Rücken der Schülerinnen; man sah nichts, was auf eine innere Anteilnahme schließen ließ. Und weiter: Was die einschließende Abklingung des Balletts berechtigt sein, was aber z. B. das Dancema-Ballett im Wintergarten sieht, muß ohne weiteres zugeben, daß hier die Starrheit des Balletts der alten Schule vollkommen aufgelöst ist. Die enthusiastische, fast ausschließlich weibliche Zuhörerschaft (warum widmet die Männerwelt und die männliche Jugend dieser wichtigsten Frage nicht mehr Aufmerksamkeit?) spendete rauschenden Beifall. Die nächsten Abende am 30. November und 7. Dezember werden den künstlerischen Einzeltanz und den tänzerischen Gruppen-tanz behandeln. Der geringe Eintrittspreis von 1 M. für die drei Vorträge weist die weniger Bemittelten auf den Besuch der ausgezeichneten Veranstaltung geradezu hin.

Sport.

Boxkämpfe in der Hafenhöhe.

Der ständige Berliner Boxring, der gestern in der Hafenhöhe wieder einen Kampfabend abwickelte, hatte zwei gute Ausländer verpflichtet. Den Franzosen Charles Sereve, Meister von Nordfrankreich, der auf Hermann Herse traf, und den Belgier F. Hendric, der gegen Carlos-König in den Ring trat. Leider nahm der Kampf Sereve-Herse einen irregulären Ausgang. Herse wurde in der sechsten Runde wegen Tieffschlags disqualifiziert und Sereve zum Sieger erklärt. Der Franzose zeigte sich als ausgezeichnete Kämpfer, dem Herse nicht sonderlich gefährlich werden konnte. Im Kampf Carlos-König gegen F. Hendric (Belgien), den bisherigen Amateur-Weltgewichtsmeister von Belgien, dominierte Hendric besonders in den letzten Runden. Urteil: unentschieden! Tauwal-Hamborn schlug Helmuth Siewert einwandfrei nach Punkten, ebenso triumphierte Richter-Dresden über Nische-Werlin. Einen f. a. gab es im Halbschwergewicht, in dem Haritopp seinen Gegner Hartig schon in der ersten Runde über die Zeit auf die Bretter schickte.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Eine Senfatale ist augenblicklich Café Bauer, Kolonnenberg Str. 16, direkt am Rotenburger Tor. Das Lokal ist im vollständigen neuen Alt-Berliner Stil umgebaut. Die Preise sind so gehalten, daß ein jeder das Café besuchen kann. Gelegentlich Konzerte. Siehe heutiges Jahrbuch.

Der Rollendorfsplatz nach Schöneberg. Eine vernünftige Grenzregulierung.

Zwischen den Bezirksamtern Charlottenburg und Schöneberg sind jetzt Verhandlungen wegen Verlegung der Bezirksgrenze zum Abschluss gekommen.

Die gegenwärtige Grenze schneidet in der Passauer Straße einige Häuser und verläuft dort, und auch in der Gelsbergstraße und Rohstraße streckenweise an den Häusern entlang, teilweise im Bürgersteig, manchmal auch im Fahrdamm. Der Rollendorfsplatz wird von der Grenze durchschnitten, er gehört mit etwa zwei Dritteln zum Verwaltungsbezirk Charlottenburg und mit einem Drittel zum Verwaltungsbezirk Schöneberg. Die Zugehörigkeit des Rollendorfsplatzes zu zwei verschiedenen Verwaltungsbezirken hat in verwaltungstechnischer Beziehung des öfteren zu Unzuträglichkeiten geführt, um so mehr als der Platz auch zwei verschiedenen Polizeidistrikten und somit zwei Polizeireviere unterstand, da sich nach den Organisationsvorschriften die Polizeiamtsgrenzen mit denen der Verwaltungsbezirke decken sollen. Der Polizeipräsident hatte eine Verlegung der Bezirksgrenze angedacht und mit Rücksicht darauf, daß der Verkehr sich hauptsächlich auf der Schöneberger Seite abwickelt, vorgeschlagen, den Rollendorfsplatz dem Bezirksamt Schöneberg zuzuteilen. Das Bezirksamt Charlottenburg und die Bezirksversammlung hat nun beschlossen, den Rollendorfsplatz ganz dem Verwaltungsbezirk Schöneberg zuzumessen. Dieser Aenderung der Bezirksgrenze muß nun noch die Schöneberger Bezirksversammlung zustimmen.

Erleichterung der Milchhandelskonzession.

Der Magistrat hat beschlossen, die Erlaubnis zum Kleinhandel mit Vollmilch, Magermilch und Sahne schon denn zu erteilen, wenn anzunehmen ist, daß der Antragsteller täglich mindestens 80 Liter Vollmilch, Magermilch oder Sahne in den Verkehr bringen wird. Für gering bevölkerte Stadtteile kann auch eine kleinere Menge im Einzelfall als ausreichend anerkannt werden. Mit dem Milchhandel darf, wie der Magistrat bei dieser Gelegenheit bekanntgibt, erst begonnen werden, wenn ein Erlaubnisbeschein erteilt worden ist. Wer vorher mit dem Milchhandel beginnt, wird, auch wenn er bereits einen Zulassungsantrag gestellt hat, zur gerichtlichen Bestrafung gebracht. Auch

wird wegen Unzuverlässigkeit der Antrag abgelehnt, was schon in vielen Fällen geschehen ist. Die Uebernahme des Milchverkaufs für eine Meierei ist gleichfalls genehmigungspflichtig. Wird ohne Erlaubnis für eine Meierei verkauft, so erfolgt Strafandrohung. Großhändlern, die an nichtkonzessionierte Kleinhandlener liefern, wird die Großhandelserlaubnis entzogen.

Chinesische Kunst in Amerika.

Einen auf vier Abende verteilten Vortragszyklus über „Chinesische Kunst“ begann im Hörsaal der Staatlichen Kunstbibliothek, Prinz-Albrecht-Straße, Dr. Otto Kummel, der Direktor der ostasiatischen Kunstabteilung der staatlichen Museen, mit einer Schilderung und Analyse der amerikanischen Sammlungen. Dr. Kummel, der kürzlich von seiner Weltreise zurückgekehrt ist, kennt fast alle bedeutenden Sammlungen ostasiatischer Kunst aus eigener Anschauung. Er eröffnete seine Ausführungen mit einer Gegenüberstellung des modernen amerikanischen Sammlers mit dem von der Jahrhundertwende. Damals waren nur zwei bedeutende Sammlungen in den Vereinigten Staaten vorhanden: in Boston und in Detroit; heute verfügt beinahe jede größere Stadt über Museen privaten oder staatlichen Charakters, denen eine ostasiatische Abteilung angegliedert ist. Die Amerikaner haben gerade diese Kunst zu ihrem Favoriten gemacht, weil sie auf anderen Gebieten mit Europa kaum konkurrieren können und in der ostasiatischen Kunst gewissermaßen Neuland für die Sammlerleidenschaft entdeckten. Da die Geldmittel der Amerikaner unbeschränkt sind, mußte Europa notgedrungen aus der Konkurrenz ausscheiden. Das Interesse der amerikanischen Sammler richtet sich hauptsächlich auf Porzellan, Porzellan und Bronzen, während Tuschmalereien nur in weniger wertvollen Stücken vertreten sind. Leider sind die meisten Sammlungen schlecht geordnet, und ihren Leitern fehlt es oft an den nötigen wissenschaftlichen Fundierungen. Trotzdem kann sich der Besucher der Museen einen guten Ueberblick über die Entwicklung der chinesischen Kunst verschaffen. Dr. Kummel zeigte dann in Lichtbildern wertvolle Stücke amerikanischer Sammlungen: vier Langbilder (Kakemonos) aus dem dreizehnten und sechzehnten Jahrhundert, zarte Tuschbilder, Impressionen von stärksten Stimmungseffekt, Landkosten, die in der europäischen Kunst kein Gegenstück finden, dann Plastiken von feinstem Formempfinden aus dem sechsten Jahrhundert, sandsteinene Götterbilder, Aufhänger und bronzene Gebrauchsgegenstände. Sie alle offenbaren ein fremdes Kunstvolles, zeigen jene bekannte künstlerische Kultur und Formvollendung, die mit Europa jeden Vergleich aushält, ja Europa übertrifft. Der Vor-

trag ist durchaus populär gehalten und für jeden verständlich. Dr. Kummel verliert sich nicht in belehrendem Ton, er erzählt witzig und spannend und vermittelt dadurch auch dem Laien ohne Schwierigkeit eine Erkenntnis jener ferneren Kunst.

Durch einen Gasofen getötet.

Die einjährige Margot S. wurde gestern in der im Hause Kaiserstraße 33 gelegenen elterlichen Wohnung des Ojers eines bedauerlichen Unfalles. Die Mutter des kleinen Mädchens hatte eine Besorgung zu machen und stellte das Bettchen des Kindes an den geheizten Gasofen. Als Frau S. nach einiger Zeit zurückkehrte, fand sie zu ihrem Entsetzen das Kind mit schweren Verbrennungen am ganzen Körper vor. Die ausstrahlende Hitze hatte die Kleider des Mädchens in Brand gesetzt und die Brandwunden verurteilt. Die Kleine wurde in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo sie einige Zeit nach der Entlieferung starb.

Todessturz einer Blinden. Aus noch unbekanntem Gründen stürzte sich gestern abend die 30jährige blinde Bürstenmacherin Helene Hamburg aus dem vierten Stock des in der Currystr. 3 gelegenen Blindenheimes auf die Straße hinab. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Ein deutscher Dampfer überfällig.

Anfang November fuhr der Lübecker Dampfer „Lübeck“ von Bandholm mit einer Ladung Gerste nach Schottland ab. Seit dem Verschwinden des Kanals hat man von dem Schiffe nichts gehört. Es wird daher ernstlich befürchtet, daß das Schiff mit Mann und Maus untergegangen ist.

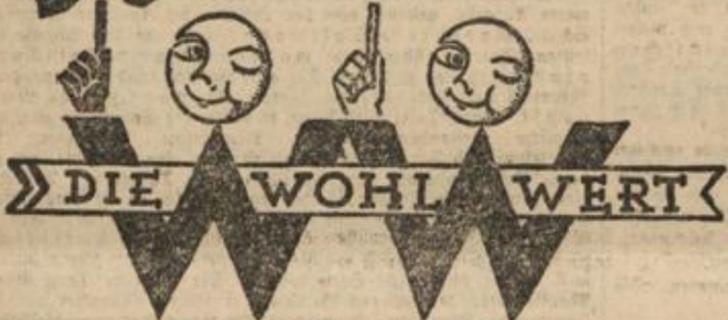
Nach einer Neulermelung befindet sich auf dem Dampfer „Lübeck“ etwa zehn Mann Besatzung.

Die dritte Heidelberger Neckarbrücke.

Die dritte Neckarbrücke ist jetzt im Rohbau fertig. Die Betonkonstruktion ist in kurzer Zeit errichtet worden, so daß man in einigen Wochen bereits mit der Fertigstellung des letzten Brückenbogens auf der linken Neckarseite rechnen kann. In den letzten Tagen wurde mit der Senkung der Brücke eine interessante technische Arbeit vorgenommen. Das Gerüst stand bisher auf 700 Lössen, die mit Sand gefüllt waren und jetzt entleert wurden. Dadurch werden sich die einzelnen Brückenbogen um etwa 16 Zentimeter senken.

Achtung!

Eröffnung!



das Geschäft der
Einheitspreise

25^g 50^g

heute nachmittag 3 Uhr

N. 31

Lortzingstr. 12

Riesenauswahl in tausend
verschiedenen Artikeln
des täglichen Bedarfs

ausgesucht und eingepackt
in einer Minute!

MASS-
Anzüge, Paletots, Mäntel
aus la deutschen u. engl. Stoffen
von 125.- an, unter Garantie für
tadellosen Sitz und Verarbeitung
Auf Wunsch Zahlungserleichterung
MODENHAUS
MULLERSTR. 141
U-Bahn Seestraße

Herren - Maß - Schneiderei
„ALEXCOK“
Gontardstr. 5 II. Stg. Edle Stoffe.
Gründliche Stoffe. Solide Punkte.
Katzenzahlung ohne Preisaufschlag

Herrenkleider-Fabrik
Nicht bis auf weiteres Auslage.
Unser Paletots zu Fabrikpreisen
ab. Bitte, überzeugen Sie sich.
Kaiser-Wilhelm-Straße 24. I Tr.

Auf Teilzahlung
Herren-, Damen-Garderobe
Anzüge, Gummi-Mäntel, Kleider
MÖBEL
bis 18 Monatsraten
Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer
Küchen, Einzelmöbel, Federbetten
Antel Gr. Frankfurter Str. 34
(Strausberger Platz).

Auf Teilzahlung
Herren-Garderobe
Kleine Anzahlung! * Bequeme
Abzahlung!
CAMNITZER
Schönhauser Allee 82, I
am Hochbahnhof Nordring

200% Sparen Sie bei Kauf des neuen
Freyophon
Sprechapparates m. Metalltonführung
Tischapparate 25.- 35.- 45.- usw.
Schrankapparate 58.- 69.- 85.- usw.
Luxusapparate staunend billig.
Hörer schallplatten, große
erhält ein Weihnachtsgeschenk Auswahl, 5000 auf Lager.
Sprechapparate-Bau-Ges. FREIER & Co.
Berlin N 4, Chausseestraße 46, eine Treppe Ecke Schwarz christstr.

GROSSDESTILLATION
GEBR. BRAUER 179
Rosenthaler Str. 32 und Blumenstr. 101

Fenster- und Gebäude-Reinigungs-Gesellschaft m. b. H.
trüber Fensterputzer-Genossenschaft
Mpl. 14514 En. elufer 29 Mpl. 14514
Billigste u. zuverläss. Ausführung aller Reinigungsarbeiten
Vertreterbesuch jederzeit unverbindlich 193

Oswald Naele A.-G., Berlin-Britz,
Rudower Str. 34
reinigt - wäscht - färbt 195

WOLL-DULLIN
Frankfurter Allee 91 direkt am Ringbahn-
do. Frankfurt. Allee
Nach bedeutender Erweiterung größtes
Spezial-Wolle-Geschäft des Ostens
Strickjacken, Pullover, Wollkostüme, Strümpfe
Außerst billig, da eigene Fabrikation!

„Dampfwäscherei Westend“
Charlottenburg, Wallstraße 22 // Tel.: Wilhelm 6693
Gernimmt
Wäsche jeder Art: Trocken-, Roll- u. Naßwäsche nach Gewicht.
Berufskleidung u. Pflanzwäsche. Inhaber A. Schmette.

Ruhebetten Sofa, Auflegematratten,
Metallbettstellen
Größtes Sitestates Spezialgeschäft des Ostens
Denkbar beste Verarbeitung - Solide Preise - Teilzahlung gestattet
- Lieferung nach jedem Ort kostenlos -
Polstermöbel-Fabrik Franz Bayer, Berlin O 112, Liebigstr. 47

D. B. L. 107
Der bunte Laden
Wolle, Strümpfe Spezialgeschäft Trikotagen
30., Oranienstr. 202. N. Chausseestr. 30. W. Motzstr. 20. O. Königsberger Str. 11
Charlottenburg; Scharrenstr. 35. Friedenau; Hauptstr. 74.

Brauchst Du Rechtsrat?
Geh zum Rechtsfreund!
Die große Rechtsauskunfts-Prozess-Zentrale Berlin,
Friedr. F. C. Str. 127 (Oranienburger Tor). Sprechst. 9-7, Sonnt. 10-1
Fachjuristen Maß. Honorar. 142.000 also Norden 1553

Möbelspeicher Badstr. 31
Stets Gegenheitskäufe
Schlafzimmer, Speisezimmer, Küchen, Einzelmöbel,
neu und geräumt. Auch Zahlungserleichterung.
Bitte auf Hausnummer achten! 136

Wäscherei für
Arbeiter-Berufskleidung
Annahmestellen: NW 57, Sickingenstr. 77 • NW 57, Berlichingenstr. 1
N. Antonstr. 4 • SO 33, Mantuffelstr. 77 • Reinickendorf, Eichbornstr. 47 48
Karl Habetha
NW. Siemensstr. 12
193

Kulturarbeit

Die Gewerkschaften.

Von Fritz Friede.

Anständiger Lohn, ausreichende Freizeit, gute Arbeitsbedingungen, Ergebnisse der Gewerkschaftsarbeit, schaffen die Möglichkeit einer kulturellen Entwicklung der Arbeiterschaft. Darüber hinaus wohnt aber den Gewerkschaften an sich, ihrer wirtschaftlichen und politischen Betätigung, ein sehr wichtiger und direkt wirkender kultureller Wert inne.

stumpfsinnigen Arbeitstieren

der vorgewerkchaftlichen Periode, von denen Karl Legien auf dem achten Gewerkschaftskongress einmal sprach, ist eine Lebensführung und Lebensgestaltung gemäß, die sich von der des heutigen Lumpenproletariats nicht viel unterscheidet. Knechtsdasein erzeugt Knechtsgegnung und knechtisches Leben. Der entwurzelte Abkömmling bäuerlicher oder handwerklicher Vorfahren führt als Fabrikarbeiter ein Dasein, das von den einfachsten Trieben der Nahrung und des Geschlechts beherrscht wird. Daneben äußert sich noch der Geltungsdrang, er versucht, eine aus alter handwerkmeisterlicher Würde der väterlichen Generation herübergerettete Lebenshaltung vorzutauschen, die in Wirklichkeit nicht vorhanden ist. Dieser Trieb kann aber auch schon so verbogen sein, daß er sich gegenüber der Familie und dem Umgang als bloßes Kraftmeierei darstellt. Im Arbeitsverhältnis jedoch wendet er sich ab und wird zur bedenkenlosen Strebererei. Heimtücke gegenüber den gleichgestellten Arbeitskameraden, Kriecherei vor dem Vorgesetzten. Das Ziel ist, eine Stufe auf der sozialen Leiter höher zu kommen, Vorarbeiter oder Meister zu werden.

Wie anders ist der Typ des Gewerkschafters. Wir finden ihn am besten ausgeprägt innerhalb derjenigen Arbeiterschichten, bei denen die Gewerkschaftszugehörigkeit bereits zur Tradition geworden ist. Aus einem an sich nicht kulturbedeutenden **Gemeinschafts- oder Zusammengehörigkeitsgefühl** hat sich bei diesen Schichten ein

Selbstbewußtsein

entwickelt, das ihre Träger nicht nur gewerkschaftlich oder politisch, sondern auch kulturell verpflichtet. Es entsteht ein Wille zur Ebenbürtigkeit gegenüber den anderen Schichten der Gesellschaft. Verschwunden ist bei diesem Typ die Unterwürfigkeit gegen höher Gestellte. Die gewerkschaftliche Tätigkeit brachte es auch mit sich, daß besonders in den letzten Jahren Tausende von Arbeitern als Betriebsfunktionäre der Gewerkschaften, als Betriebsräte und damit als geleglich berechnigte Vertreter ihrer Kollegen mit den Unternehmern als gleichberechtigte Kontrahenten zu verhandeln haben. Seit zwei Jahrzehnten sitzen Arbeiter als Beisitzer oder Arbeitsrichter in den Spruchkammern der Gewerbe- und Kaufmanns- und neuerdings der Arbeitsgerichte. Positionen, die die Gewerkschaften erkämpft haben. Nimmt man alles zusammen, was die Gewerkschaften in den Jahren ihres Wirkens erreichten an politischen Mitbestimmungsrechten, so ergibt sich daraus als psychologische Folge für die Arbeiterschaft, eine große Summe von Selbstbewußtsein und

Selbstachtung.

die sich stützt auf die aus der Gemeinschaft der organisierten Arbeiter erwachene Kraft.

Die sozialistische Grundeinstellung der deutschen Gewerkschaften sorgt mit dafür, daß diese seelischen Gehalte sich nicht in einer Richtung einfacher Nachäffung der Sitten und Gebräuche der oberen Klassen bewegen, sondern

eigene Ausdrucksformen

suchen. Hier steht dann die Tätigkeit der besonderen kulturellen Bestrebungen und Einrichtungen der Gewerkschaften ein, und auch die Aufgabe der proletarischen Kulturorganisation. Was an seelischen und kulturellen Nebenwirkungen aus der gewerkschaftlichen Hauptbetätigung sich ergab, haben diese Zweige der Arbeiterbewegung auszubauen zu bewußter Lebensgestaltung aus sozialistischer Gesinnung und zu sozialistischem Leben. Die Gewerkschaft aber lockert nicht nur den harten Boden für deren Tätigkeit, schafft nicht nur die Vorbedingungen, sondern auch einen realen Kulturwert, jene aus Klassenbewußter Selbstachtung entstehende Bereitschaft zu einer höherwertigen sozialistischen Lebensführung.

Das Kulturproblem der Gegenwart

Von Dr. Hildegard Lieberz, Bonn.

Ubergangszeiten wie unsere, die einer großen Welterschütterung folgen, bedeuten „Krisis der Kultur“. Die tieferen Ursachen solcher Kulturumwälzungen sind soziologischer Art: sie haben ihre Wurzel in den weitgehenden sozialen Umschichtungen, die wiederum von politischen Ereignissen und Konstellationen herrühren. Wirtschaft und Recht als Unterbau, Wissenschaft, Kunst, Literatur als ihr kultureller Ueberbau sind beeinflusst, ja, man kann sagen, sie sind in hohem Grade Produkte der jeweiligen Herrschaftsverhältnisse.

Als dereinst auch das Bürgertum an der Herrschaft beteiligt war, das die Stände von Patriziern und Handwerkerzünften bildete, da entstand jene Kulturblüte der mittelalterlichen Städte, deren Träger in Fülle und Bedeutenheit das durch Herrschaft wohlhabende, vor allem auch selbstbewußt gewordene Bürgertum war. Die geistigen Kräfte jener Epoche waren zwar gebunden, aber auch getragen von dem religiösen Ethos der christlichen Gemeinschaft, einer Gebundenheit, die die Paradoxie jener Blütezeit war: auf dem Boden inneren Gemeinamlebens erkand das Kulturbeut prächtiger, gleichmäßiger Blumen in üppiger Fülle, von dem Humus einer Idee zur Fruchtbarkeit gepflügt. Kultur ist niemals etwas anderes als die Zusammenfassung eines Gesellschaftssystems in einer geistigen Einheit... wo alle Glieder eines großen Menschengemeinschaftskreises sich in der Auffassung vom Sinn des Daseins und von den Lebensformen, die ihn ausdrücken und verwirklichen, einer Idee unterwerfen, dort allein ist Kultur“, sagt W. Hellpach.

In diese im Gemeinamlebensgefühl wurzelnde schöpferische Einheit des mittelalterlichen Kulturbewußtseins trug die Renaissance, die das ehrgeizig strebende, tätige und herrschaftliche Individuum ermedie, den tiefen Riß; der Prozeß vom Ausgang des Mittel-

Vom neuen Bildungsgedanken.

Volksbücherei und volksbibliothekarischer Beruf.

Um die Jahrhundertwende begann eine Volksbüchereibewegung, die, im wesentlichen durch englische und amerikanische Vorbilder angeregt, auch für Deutschland gute öffentliche Bibliotheken zu schaffen suchte. Seit dieser Zeit sehen wir deutliche Spuren einer Veränderung des Volksbüchereiwesens. Ihre volle Auswirkungsmöglichkeit fanden diese Bestrebungen, als mit Krieg und Neuordnung unseres staatlichen Lebens das Ringen um einen neuen Bildungsgedanken allgemein einsetzte. Dieses Bildungstreben hat einen besonders deutlichen Ausdruck in dem gefunden, was der gegenwärtige preußische Unterrichtsminister in seiner Schrift über die Neuordnung der Lehrerbildung in Preußen (Duesse und Meyer, Leipzig) gesagt hat. Neben dem alten, in der Universität gipfelnden Bildungstrieb der Vergangenheit, wird in dieser Schrift ein neuer, aus ganz anderen Quellen gespeister, auf ganz andere Ziele gerichteter Bildungsgedanke gestellt, der nicht mehr und nicht weniger bedeutet, als die geistige Grundlegung der echten Demokratie. In diesen Zusammenhang fügt sich die neue Volksbüchereiarbeit organisch ein; aus diesem erst ist sie in ihrem eigentlichen Sinn ganz zu verstehen. Sie ist nun nicht länger die Suppenküche, die den ungebildeten Schichten aus der Fülle des bürgerlichen Bildungsgutes etwas zutommen läßt, damit auch das „Volk“ gebildet werde; vielmehr ist der selbstverständliche Ausgangspunkt die Anerkennung der Tatsache, daß wir alle Volk sind, und daß es für uns kein größeres geistiges Glück gibt, als in nahe Berührung zu kommen mit den tragenden Kräften unseres Volkslebens, wie sie sich in unserer geistigen und sittlichen Kultur und insbesondere in deutschen Schrifttum ausprägen haben.

Es liegt auf der Hand, daß eine lebendige Beziehung zwischen Leser und Buch herzustellen nicht leicht ist. Es bedarf der Führung und Beratung, natürlich nicht im Sinne der Gängelung und Bevormundung, sondern der verständigen Hilfe. Hier liegt die Aufgabe des Bibliothekars, der vor allem die Lage seiner Leser kennen und fähig sein muß, sich von der Sehnsucht und dem drängenden Verlangen nach geistiger und seelischer Erfahrung berühren zu lassen. Und nicht nur den Leser muß er kennen, sondern auch die Bücher, die er in seiner Bücherei hat, und die Bedeutung, die sie für diesen oder jenen Leser haben können. Er muß wissen, was die Hausfrau lesen möchte, die am Schalter ein „schönes Buch“ verlangt, oder der junge Arbeiter, der mit den gleichen Worten nach einem Buche fragt und doch eine ganz andere Art Bekläre damit meint. Der Bibliothekar muß wissen, was für den einen und was für den anderen ein „schönes Buch“ ist.

Die Frage ist nun, ob die gegenwärtige Lage der Volksbücherei im Allgemeinen und des volksbibliothekarischen Berufes im besonderen die Gewähr gibt, daß die rechten Leute den Weg zu dieser Arbeit finden. Gerade jetzt ist bei Duesse und Meyer, Leipzig,

eine Schrift erschienen, die Aufgabe, Beruf und Ausbildung des Volksbibliothekars nach den wichtigsten Seiten behandelt; Hans Hofmann, „Der Volksbibliothekar“. Führende Männer und Frauen der volksbibliothekarischen Arbeit haben sich darin über ihre Berufserfahrungen ausgesprochen, und gerade aus diesem Buch kann man die Größe der hier vorliegenden Aufgaben und Möglichkeiten deutlich erkennen.

Es genügt nicht, daß der Beamte am Schalter nur ein Verwaltungsmensch ist, auch genügt es nicht, daß er Lust und Liebe zu dieser Arbeit hat, wenngleich das von großer Wichtigkeit ist. Entscheidend ist, daß er außer der persönlichen Willigkeit auch die erforderliche Vorbildung genossen hat, und da ist es erstaunlich, zu hören, daß es in dem größten deutschen Staat bisher nicht gelungen ist, den volksbibliothekarischen Berufsanwärtern eine eigene Ausbildung zu geben. Es müßte wie ein Rückstand aus längst vergangenen Zeiten an, wenn man hört, daß in Preußen heute noch eine Ausbildungs- und Prüfungsbildung besteht, die den volksbibliothekarischen Berufsanwärtern in den entscheidenden Ausbildungsgängen zusammenkoppelt mit der Ausbildung für den mittleren Verwaltungsdienst der wissenschaftlichen Bibliotheken. Die Aufgaben, denen die beiden Bibliotheksarten zu dienen haben, fallen nämlich völlig auseinander, und es ist eine Zeitverschwendung, wenn Menschen, die an der volksbibliothekarischen Bücherei wirken wollen, zunächst den ganzen Verwaltungsmechanismus, der in seiner Art wichtig, aber doch ganz speziell für die wissenschaftlichen Bibliotheken erforderlich ist, kennenlernen müssen, und diese Zeit dann für ihre eigentliche Berufsausbildung verlieren. Wie man hört, besteht beim preußischen Volksbildungsministerium die Absicht, die gegenwärtige Ordnung des volksbibliothekarischen Ausbildungswesens durch eine neue zu ersetzen, die den Forderungen der volksbibliothekarischen Welt besser entspricht. Es ist dringend zu wünschen, daß man sich dabei von denselben Ermüdungen leiten läßt, aus denen heraus gerade das preußische Ministerium seine Erneuerung der Volksschule, wie die Neuordnung der Lehrerausbildung vorgenommen hat, und daß damit eine Regelung getroffen wird, die nicht, wie die beiden letzten preußischen Erlasse (1909 und 1916), bereits nach wenigen Jahren wieder grundlegend verändert werden muß; was dann nicht nur für die Berufsanwärter naturgemäß sehr unangenehm ist, sondern auch die gesunde und gleichmäßige Entwicklung der volksbibliothekarischen Arbeit aufs empfindlichste beeinträchtigt.

Die volksbibliothekarische Bücherei muß eine öffentliche Bildungsanstalt im neuen Sinn werden, und die Bibliothekare, die in ihr dem Volk zu dienen haben, müssen die Ausbildung bekommen, die sie dazu befähigt, diesen Dienst auf die wirksamste Weise auszuüben.
H. Becker.

offers bis zur Kulturkrisis der Gegenwart ist nichts anderes als die Zerschlagung jenes Gemeinschaftsgefühls. Absolute Herrschermacht riß Glanz und Geist an seinen Hof; aus innerer sozialer Gemeinschaft entstand die nur löse verbundene höfische Gesellschaft. Fürsten fürbten das hochbegabte Individuum; von Italien aus nahm die Kultur der Renaissance ihren Siegeslauf; aus mittelalterlicher sozialer Einheit wurde neuzeitliche Vielheit. Die breite Masse des Bürgertums hatte keinen Anteil mehr an der Herrschaft, nur noch geringen Teil am geistigen Leben. Die Sehnsucht nach beidem erzeugte die französische Revolution. Während die Kultur des Individuums in Deutschland die Hochflüte der Klassik erzeugte, den Schwanengelang eines dem Industriesystem weichen Agrarstaates, erwachte in England bereits jener ökonomische Herrschaftsdrang, der den Industrialismus, das Unternehmertum und den beherrschten vierten Stand, das Proletariat, hervorrief.

Vom Beginn des 19. Jahrhunderts an vollzieht sich diese Entwicklung gleichmäßig auf dem Kontinent. Geistige und kulturelle Angelegenheiten bleiben Güter der herrschenden Oberschicht; die Tradition erhält sie lebendig im Bürgertum, im Mittelstand, bis dieser durch den Weltkrieg zugrunde geht. Von Anfang an aber schließt der Kampf um die wirtschaftliche Existenz die Möglichkeit für das Proletariat aus, an der Kultur teilzunehmen; eine geistig wache, aufgestärkte Arbeiterklasse hätte Bedrohung der wirtschaftlichen Herrschenden; das ist der Sinn des Klassenkampfes.

Die Revolutionen von 1789 bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts waren nach Geltendmachung des Bürgertums, des dritten Standes, auf Teilnahme am geistigen Leben, denn Teilhaber an der Kultur sind nur die an der Herrschaft Beteiligten, nie die Beherrschten.

Was wir also als Krisis der heutigen Kultur nach dem großen Kriege erblicken, stellt sich folgendermaßen dar: Die während eines Jahrhunderts von Kunst und Wissenschaft gänzlich ungenutzten Massen werden durch die soziale Revolution, die der Weltkrieg für den vierten Stand bedeutet, zur Mitarbeit herangezogen. Das, was den übrigen Volksgenossen geheiligte Tradition, längst bekanntes und gehegtes Gut war, ist zahllosen Reizend; ihr gänzlich ungeschulter, in mechanischer Dedität dämmender Geist soll Kunst, Kunst und Literatur aufnehmen und produzieren. Es ist nun ein höchst einfacher psychologischer Vorgang, daß diese geistig ungenutzten sich von der Blüte unserer Kultur betrennen und gelangweilt fühlen können. Einem solchen geistigen Kopfsprung kann niemand gewachsen sein, dem dieses Gebiet vollständig fremd ist. Primitives Denken verlangt primitive Eindrücke, und hier liegt die Wurzel der Aufnahmefähigkeit für Rhythmen, die Freude am Sport, am Boxkampf, am Film. Diese Hirne, die an der Maschine erwachen, die um Essen und Trinken, um den Existenzkampf grübeln — was sollen sie mit der abstrakten Geistigkeit, in der die Generation unseres Jahrhunderts beizutreten Mühsal ertragen wurde? Die von politischer Herrschaft jahrzehntelang ausgeschlossenen Volksteile sind ebenso wenig geistig wie politisch in einem Jahrzehnt reif. Hier ist es die Erziehung, die in der Schule ihren Anfang nimmt und in der Teilnahme an der politischen Herrschaft endet und auch das letzte Mitglied einer Volksgemeinschaft ergreifen muß. Nur auf diese Weise wird es überhaupt möglich sein, um diese unendlich gewachsene Menschengattung ein gemeinschaftliches geistiges Band neu zu schlingen und ein dem mittelalterlichen Lebensgefühl ähnliches Einheitsbewußtsein zu pflanzen, das aus der atomistischen Gesellschaft zersplitterter Einzelwesen eine aus einem geistigen Ideal beherrschte Volksgemeinschaft erzeugen kann.

Es ist der Sinn jedes Volkstaates und jeder Demokratie, das

aber muß sie diejenigen, die aus politischen und wirtschaftlichen Gründen bisher nicht zum geistigen Leben erzogen wurden, dafür innerlich reif und aufnahmefähig machen. Die Kultur selbst kann nach der sozialen Umschichtung eines solchen Krieges, durch den beste Kräfte vernichtet und breite Kulturkreise mittellos wurden, nicht mehr auf die in den Arbeiterschichten schlummernden geistigen Kräfte verzichten. Systematisch müssen ihnen die Augen geöffnet werden für das, was das Wesen des Geistes und der Geistigkeit ausmacht; ihnen müssen die Güter auch der Vergangenheit erschlossen werden, damit der Übergangstoß, frohe Begegnung zwischen der „Volkskultur“ von heute und ehrwürdiger Tradition sich zur Harmonie schließen kann, aus der allein produktive Kräfte neuer Werte erwachsen können. Unwissliche, unverbildete Kräfte wurzeln im Volk, die durch mangelnde Erziehung nirgends Wurzel schlagen konnten, und die nur frei werden, wenn auf der Basis höherer Erziehung sich reges geistiges Leben einer an der Herrschaft teilhabenden Masse entfaltet.

Wirtschaftliche Arbeiterbildung.

In dem soeben erschienenen Novemberheft der „Büchermarie“ sind zwei wertvolle Beiträge zum Thema der wirtschaftlichen Arbeiterbildung veröffentlicht. In einem großen Beitaufsatz über „Praktische Wirtschaftskunde“ gibt Fritz Rapphelt einen Überblick über die Wege und Methoden, mit deren Hilfe der Arbeiterleser sich die Kenntnisse der wirtschaftlichen Wirklichkeit verschaffen kann. Ausgehend von dem Wirtschaftsteil der großen Tageszeitungen, über die Zeitschriftenliteratur hinweg skizziert er die wichtigsten Schriften, die dem Leser die Kenntnis der einzelnen Wirtschaftszweige vermitteln. Keine trodene Anhäufung bibliographischer Hinweise, sondern eine lebendige Darstellung der einzelnen Zweige des Wirtschaftslebens, und der Wege, die zu ihrer Erforschung führen. In einem zweiten Artikel in der „Arbeiterbildung“ untersucht Dr. Alfred Braumihal die Grundlagen der wirtschaftlichen Arbeiterbildung. Soll nur Stoff vermittelt werden oder auch die theoretische Durchdringung des Stoffes? Braumihal vertritt den Standpunkt, daß beide Stoffkenntnis nie und nimmer Ziel der Arbeiterbildung sein kann. Diese muß vielmehr ihren theoretischen Ausgangspunkt von Marxismus nehmen, als dem ordnenden Prinzip, das das Labornis der gesellschaftlichen Erscheinungen entwirrt.

Von aktueller Bedeutung ist ferner der Artikel von Dr. August Siemsen „Sozialdemokratie und Volkshochschule“, in dem, anknüpfend an die Richtlinien der Konferenz der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker in Magdeburg, unsere Stellung zu den Volkshochschulen geprüft wird. Ein Artikel von Karl Wenz „Buchhandel und Bildungsarbeit“ erörtert die Stellung der parteigenösslichen Buchhändler im System der gesamten sozialistischen Bildungsarbeit. Im übrigen ist die Roombennummer der „Büchermarie“ und „Arbeiter-Bildung“ sehr stark auf das kommende Weihnachtsfest einstellt. Zwei Artikel von Walter Eschbach und Hermann Heber geben wertvolle Fingerzeige für proletarische Weihnachts- und Silvesterfeiern sowie für Kinderspiele und Kinderfeste. Ferner bringt die „Büchermarie“ Besprechungen zahlreicher Kinderbücher, Jugendchriften, Reisebeschreibungen usw., die weiten Kreisen der Leser sicherlich sehr willkommen sein werden.

Die „Büchermarie“ mit Beilage „Arbeiter-Bildung“ ist zum Preise von 1,50 M. für das Vierteljahr durch die Post, die Buchhandlung J. H. W. Dieck, Lindenstraße 2, und alle „Vorwärts“-Expeditionen zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Beschäfts-Anzeiger

Bezirk Norden-Osten.

Hausmusik



Jede Besichtigung führt z. Kauf
Geringe Anzahlung
Kleinste Raten
 Jeder Käufer erhält
6 Musikstücke gratis
Richard Steckel
 Michaelkirchstr. 30, a. L. Ebnendor Straße

Lorenz



Kaffee

Der Sparsame

KEINE ANZAHLUNG!
 ERSTE ZAHLUNG AM TAGE
 DER NÄCHSTEN, BEI GRUPPEN NACH
 DEM 15. ENDE MONAT, PER ÜBER-
 NÄCHSTEN GEGEN KASSE
KEINE RÜCKFRAGE
 BEIM ARBEITGEBER!
KREDIT BIS ZU 2 JAHREN!
 12 MAL MONATLICHE RÄUMUNG
 Bei Barsahlung Vergütung
 des Reichsbank-Diskontsatzes
 (inkl. d. Fabriksteuer - Qualitätsware aller Art)

kauft infolge Mitwirkung erster
 Fabriken zu äußerst niedrigen Prei-
 sen alle Artikel des täglichen Bedarfs:

BEKLEIDUNG • WÄSCHE
 SCHUHWAREN • MÖBEL

bei der

DEWABAG

NUR KLOSTERSTRASSE 75

FAHRVERBINDUNG: AM U-BAHNHOF KLOSTERSTRASSE - NAHE ALEXANDERPLATZ /
 VERSAND NACH AUSSERHALB VORERST NICHT MÖGLICH / WEGEN STARKEN ANDRANGES
 IN DEN NACHMITTAGSSTUNDEN FÜHRT BESUCH AM VORMITTAG ZU SCHNELLERER ABFERTIGUNG!

TÄTIGEN SIE
 SCHON JETZT
 IHRE
 WEIHNACHTS-
 EINKÄUFE!



„Du einkaufst anderswo
 Frag' stets bei „Spar-Radio“
 Nur Hof rechts Invalidenstr. 116
 nicht Keller
 Anlagen und Teile auf Raten!

Restaurant • Großdestillation
Paul Weigel [113]
 Inhaber: Otto Schöne
Brückenstraße 5
 Ecke Buzgestraße

Hofbahn-Restaurant
 Zum
Warschauer Platz
 Jakob Stock
Am Warschauer Platz,
 Bogen 12. [137]

Hansa-Fischbackstube
 (Spezial-Fisch-Restaurant)
 am Alexanderplatz (Lobby) II. St.
**Gebakene und gekochte
 Fischgerichte**
 in reicher, täglich
 wechselnder Auswahl
 Lieferung auch außer dem Haus
 Fernspr. Königsstadt 7046

Hermann Lorenz
 Invalidenstr. 161 [73]
Kaffee :: Tee :: Kakao
 Eigene Rösterei seit 1879

Großdampfwäscherei
„Urania“
 Monteurkittel / Arbeitsblusen
 Handtücher 115
 Bethanienufer 8 / Waldemarstr. 27
 Telefon: Moritzplatz 11.550.

Teilzahlung
 ohne jeden Aufschlag
Herren- u. Damen-Garderobe
 Selbstanfertigung in eigener Werkstatt,
 daher außergewöhnlich niedrige Preise
Credithaus Gerber
 Müllerstr. 181, I. Etage.

Restaurant Patzenhofer
 Joachim Willert, Alexanderstr. 42, am Alexanderplatz
 Biere: Beste Speisen • Getränke Biere:
 1/20 = 20, 1/25 = 25 Spezialität: Hackepeter 1/20 = 20, 1/25 = 25

Stargarder Vereinshaus
 Stargarder Straße 3
Wilh. Blessin
 Telefon: Humboldt 983
Kleiner Saal m. Bühne
50-80 Personen
 noch einige Sonnabende und
 Sonntage frei.

Bauhütte
Berlin G. m. b. H.
 Gesellschaft für Bau-
 ausführungen aller Art
 Berlin SW 48, Wilhelmstr. 106
 Fernsprecher:
 Zentrum 3205, 3206, 3207 [23]

Verlangt nur
Weinberger's Butter

Molkereibetrieb
 unter ärztlicher Kontrolle
 von
Adolf Kaldenbach
 Warschauer Str. 18

Etablissement am Märchenbrunnen
 am Friedrichshain 29-32 (früher Schweizerbarren)
 Inh.: Willibald Paeschke, Teleph.: Königsstadt 671.
!! Prachtsäle noch einige Tage frei !!
VERGNÜGUNGSPARK
 mit seinen Riesen-Sensationen
 Eintritt frei! Täglich geöffnet Eintritt frei!

MALERHÜTTE-BERLIN G. m. b. H.
 VORMALS MALEREI-GENOSSENSCHAFT GEGRÜNDET 1912
NO 18, LANDSBERGERALLEE 38-39
 FERNSPR. ALEXANDER 0628-29
ALLE MALERARBEITEN [40]
MOEBEL- UND AUTOLACKIERUNG

Dampfwäscherei
„IDEAL“
 Rich. B. Steffen
 Berlin O 34
 Weidenweg 36
 Marienburger Straße 10
 Telefon Andreas 3336 [184]

GEMEINNÜTZIGE RÜCKEREI DAAB
 Berlin SO 16
Adalberstr. 65
 Fernspr.: Moritzpl. 11509

Bis 24 Monate Ziel
 Gediegene
Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer
Küchen-, Klub- u. Einzeilmöbel
 zu außergewöhnlich billigen Preisen [160]
Julius Krause
 Seit 1884
 Kastanienallee 40

Hochfeines Mehl
 von unerreichter Backfähigkeit
 Auszugsmehl, Sternmarke Pfd. 29 Pf.
 Haushaltmehl, sehr fein . . . 27 Pf.
Carl Tamaschke
 SO, Dresdener Straße 121/23
 Gegründet 1855

Optiker [92]
Ziem
 Schönhauser Tor 1-2

Arbeiter! Rauch!
 unsere Spezial-Marke
„MILETEA“
 Ellen . . . 2 Pf. Extra . . . 3 Pf.
 hergestellt aus rein orientalischen
 Tabaken. [34]
 Erhältlich in allen Spezialgeschäften.

Veetzielli
Artich-Schokolade
 Anerkannt vorzügliche Qualität

Emil Büttner's Festsäle
 Schwedter Straße 23/24 + Humboldt 33
 empfiehlt den Gewerkschaften u.
 Vereinen seine Räume, Verbands-
 Kegelbahnen, herrlicher Natur-
 garten mit Bühne für Versamm-
 lungen und Festlichkeiten jeder
 Art. Einige Tage noch frei. [43]

Groß-Dampfwäscherei „HILDA“
 Hohenschönhausen, Quitzowstraße 49-50
 Telefon: Lichtenberg 354 [141]
 Spezialität: Wäsche nach Gewicht gut u. billig

„Zum alten Ballen“
Groß-Destillation [167]
 Inh.: Friedrich Neubauer
Thaerstraße 30, am Ballenplatz

Hansa - Brot
 ist immer schmackhaft
 und in allen einschlägigen
 Geschäften zu haben. [177]

August Holtz [162]
Buttergroßhandlung
 Gegründet 1883
22 eigene Detailgeschäfte

Damen-Mäntel
 direkt vom Hersteller zu Engrospreisen. Allerneueste
 Stoffe, sehr schick und elegant, mit reichem Besatz
auch für stärkste Figuren.
Ludwig Prager Bin.-Oberschönwolds 3 J. I.
 164
 Vorzeiger 5 Prozent Rabatt.

PHARUS-SÄLE
 Ausschank der Löwenbrauerei-Böhmisches Brauhaus [121]
Berlin N 65, Müllerstr. 142. Tel.: Hansa 645
 Säle bis 1200 Personen fassend. - 5 Verbandskegelbahnen. - In
 den Bierhallen die gute Küche. - Jeden Abend Unterhaltungsmusik.

**Aufnahmen des
 Deutschen Arbeiter-Sängerbundes**
 nur auf [46]
Homocord-Electro-Fernaufnahmen
 Ueberall erhältlich



Fromm's Selb
 Transparent Gummisäuger
 In allen Geschäften und Reformhäusern erhältlich.

Liebing-Brot
 Grahambrot nach Vorschrift der Mastaxenliste
1.34 Roggenvollkornbrot (Kommißbrot)
 In allen Geschäften und Reformhäusern erhältlich.

Das
Beste, daher das Billigste
 sind
Sökellands Pumpernickel
Sökellands Roggenschrote
 als
Qualitäts-Erzeugnisse.
 Verlangen Sie stets Sökelland;
Sökelland ist überall zu haben.